Sonderausgabe



FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise: sporadisch

Internetz: http://www.figu.org E-Brief: info@figu.org 9. Jahrgang Nr. 84 August/8 2023

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte), verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine (Meinungs- und Informationsfreiheit) vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der (Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens), wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

WAHL IN HESSEN: Antifa veröffentlicht Privatadressen von Kandidaten der AfD



https://www.youtube.com/watch?v=fb1rcpPKzOc



WELT Nachrichtensender

1,65 Mio. Abonnenten, 19'195 Aufrufe 09.08.2023 #weltnachrichtensender #afd #hessen

WAHL IN HESSEN: Antifa veröffentlicht Privatadressen von Kandidaten der AfD. Die Antifa Frankfurt hat im Internet die Privatadressen von hessischen AfD-Kandidaten für die Landtagswahl am 8. Oktober veröffentlicht. «Es ist längst überfällig, die Partei und ihre handelnden Individuen entschlossen zu bekämpfen. Wir wollen ihnen gemeinsam mit euch die Räume streitig machen, in denen sie sich wie selbstverständlich bewegen, unbehelligt fühlen und in Sicherheit wähnen», teilte die Gruppierung der linken Szene mit. «Ob Restaurant, Verein oder Arbeitsplatz: Wer andere aufgrund eines rassistischen, antisemitischen, sexistischen und queerfeindlichen Weltbildes ausschliessen, einsperren oder entsorgen will, sollte sich über Gegenwehr und Ausschluss nicht beklagen.» Die AfD protestierte entschieden dagegen. Auf einer Internetseite fanden sich am Dienstag Namen hessischer Politiker der rechtspopulistischen AfD auf einer Landkarte. Beim Klick auf ihre rechteckigen Profile erschienen Wohnadressen und Kurzbiografien. Der Hinweis «Die Karte funktioniert noch nicht richtig. Kommt bald richtig!» dürfte sich unter anderem darauf beziehen, dass bis Dienstagabend ein Klick auf Ortssymbole noch keine weiteren Informationen aufrief. Co-AfD-Landeschef Andreas Lichert kritisierte am Dienstag: «Was die Antifa Frankfurt hier macht, ist nichts anderes als ein verklausulierter Aufruf zur Einschüchterung und zu Gewalt gegen AfD-Politiker.» Solche Aktionen seien im wörtlichen Sinne brandgefährlich. «Ich weiss, wovon ich spreche, denn gegen mein Haus wurde bereits ein Anschlag verübt. Wer Familie hat und in der AfD aktiv ist, macht sich grosse Sorgen, wenn eine solche interaktive Karte zusammen mit einem Aufruf zur Bekämpfung veröffentlicht wird», sagte Lichert. Das fühle sich an, als würde man (für vogelfrei) erklärt werden.

NATO-Mitglieder in Europa. Stand April 2023. Dunkelblau = Mitgliedstaaten; Hellblau = Beitrittskandidaten; Gelb = Aktionsplan für individuelle Partnerschaft. In Rumänien und Polen hat die NATO Raketen stationiert, die auch atomar bestückt werden können. © LpB



Das Versprechen, dass sich die NATO nicht nach Osten ausdehnt Jacques Baud / 12.8.2023 Die NATO an der russischen Grenze verkürzt bei einem Angriff die Reaktionszeit und erhöht das Risiko eines Atomwaffeneinsatzes. Zwei Sichtweisen

«Putins Russland ist imperialistisch. Es wollte sich die Ukraine schon immer einverleiben. Als Nächstes wären die baltischen Staaten und Polen dran, wenn die NATO sie nicht verteidigen würde.»

Das ist die eine Sichtweise. Über diese werden wir fast täglich informiert.

«Die USA wollten Russland schon lange schwächen und von Westeuropa abkoppeln. Seit dem russischen Angriff ziehen es die USA vor, Russland mit einem andauernden Krieg zu schwächen, als eine neutrale Ukraine zu akzeptieren. Die NATO will sich an den Grenzen Russlands ausdehnen und dort Raketen stationieren.» Das ist die andere Sichtweise.

Diese beiden gegensätzlichen Sichtweisen sind Teile des Informationskriegs und beeinflussen selektiv die Informationen, die über den Maidan, die Krim, den Donbas, die Minsker Abkommen, die Getreideausfuhren und den Verlauf des Krieges verbreitet wurden und werden.

Über Fakten und Argumente der zweiten Sichtweise, die nahelegt, dass der Krieg vermeidbar gewesen wäre, informieren grosse Medien wenig. Als Ergänzung dazu veröffentlicht Infosperber Auszüge aus dem Buch «Putin – Herr des Geschehens?».

Der Autor Jacques Baud arbeitete als Analyst für den Schweizerischen Strategischen Nachrichtendienst und war beteiligt an den NATO-Missionen in der Ukraine. Der russisch sprechende und von amerikanischen und britischen Nachrichtendiensten ausgebildete Baud analysierte auch die militärische Stärke des Warschauer Paktes und war Experte für russische Kriegsführung in Afghanistan.

Grosse Medien und Politiker disqualifizieren Baud als (Putin-Verteidiger) und gehen auf Fakten und Argumente seines Buches kaum ein. Baud legt dort dar, dass der Krieg vermeidbar gewesen wäre und warum Russland sich bedroht fühlte.

Doch selbst wenn der Krieg vermeidbar gewesen wäre: Der Angriffskrieg Russlands und die Kriegsverbrechen sind ein krasser Verstoss gegen das Völkerrecht. Sie sind mit nichts zu rechtfertigen. Das UNO-Recht auf Selbstverteidigung gemäss Artikel 51 der UNO-Charta setzt einen bewaffneten Angriff voraus. Das war nicht der Fall. Ebenso völkerrechtswidrig wäre deshalb ein präventives militärisches Eingreifen der USA, falls Kuba oder Mexiko es den Chinesen oder Russen erlauben würden, Raketen nahe der US-Grenze zu stationieren. Urs P. Gasche.

Im Folgenden die gekürzte Fassung eines Kapitels aus dem Buch (Putin – Herr des Geschehens?)*. Zwischentitel von der Redaktion.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagt nicht die Wahrheit

Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems ändert sich die geopolitische Karte Europas. Die NATO-Osterweiterung mit der Integration Ungarns, Tschechiens und Polens 1999, dann der drei baltischen Länder, der Slowakei, Sloweniens, Rumäniens und Bulgariens 2004 schiebt die NATO unerbittlich auf die russische Grenze zu.

Zunächst sieht Russland keine Bedrohung in dieser Entwicklung. Aber Anfang der 2000er-Jahre, als die Amerikaner in Erwägung ziehen, Raketenabwehrsysteme (BMD: Ballistic Missile Defense Systems) in Osteuropa zu stationieren, nehmen die Dinge eine neue Wende. Die Ankündigung eines (intensiven Dialogs) mit der Ukraine und Georgien im Hinblick auf eine Aufnahme im Jahr 2008 bekommt damit eine neue Dimension.

Obwohl sie häufig als ein unseriöses, von Russland verbreitetes Gerücht dargestellt werden, sind die Zusicherungen des Westens, die NATO nicht zu erweitern, von zahlreichen freigegebenen Dokumenten belegt. Im Dezember 2017 wurden sie vom Archiv für Nationale Sicherheit der George-Washington-Universität der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.1

Im Jahr 2021 verkündet der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg den Standpunkt der Allianz: «Es hat niemals ein Versprechen gegeben, dass sich die NATO nach dem Fall der Berliner Mauer nicht nach Osten ausdehnt.» 2 Damit sagt er nicht die Wahrheit.

Es ist korrekt, dass weder Verträge noch eine Entscheidung des Nordatlantikrats (NAC) vorliegen, die solche Zusicherungen belegen. Das heisst aber nicht, dass sie nicht ausgesprochen wurden!

Bedingung der deutschen Wiedervereinigung

Erstens haben wir heute den Eindruck, die UdSSR habe als «Verliererin des Kalten Kriegs» kein Mitspracherecht mehr an der Entwicklung des Weltgeschehens gehabt. Das ist falsch. Seit November 1989 lag die Idee von einer Wiedervereinigung Deutschlands in der Luft. Der Westen wusste aber, dass die UdSSR als Sieger über Deutschland im Jahr 1945 de jure ein Vetorecht in Bezug auf eine Wiedervereinigung hatte. Der Westen war also verpflichtet, die Zustimmung der UdSSR zu erhalten und ihrem legitimen Sicherheitsbedürfnis entgegenzukommen.

Genau das sagte der deutsche Aussenminister Hans-Dietrich Genscher in seiner Ansprache vom 31.1.1990 im bayerischen Tutzing, wie die amerikanische Botschaft in Bonn berichtete:

«Genscher warnt jedoch, dass jeder Versuch, die Militärstrukturen der NATO auf das Gebiet der heutigen DDR auszuweiten, die Deutsche Einheit blockieren würde.»

Denn für die UdSSR würde dies bedeuten, dass sich die NATO ipso facto der sowjetischen Grenze annäherte. Zu jenem Zeitpunkt existierte der Warschauer Vertrag noch und die NATO-Doktrin blieb unverändert. Deshalb war es legitim für die UdSSR, darin ein Sicherheitsrisiko zu sehen. Zusätzlich nahm die UdSSR mit der deutschen Wiedervereinigung auch den Abzug ihrer Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutsch-

land (GSSD), ihres stärksten und modernsten Truppenverbands, in Kauf, was eine bedeutende Schwächung ihrer strategischen Position in Europa zur Folge hatte. Deshalb stellte Genscher klar:

«Die Veränderungen in Europa und der deutsche Einigungsprozess dürfen nicht zu einer Beschneidung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen. Daher sollte die NATO eine Gebietserweiterung nach Osten, d.h. ein Heranrücken an die sowjetischen Grenzen, ausschliessen.»

Michail Gorbatschow hat sehr schnell seine Zustimmung an Bedingungen geknüpft. Um Gorbatschows Befürchtungen zu zerstreuen, erklärte US-Aussenminister James Baker am 9.2.1990:

«Nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für andere europäische Länder ist es wichtig, Garantien zu haben, dass, wenn die Vereinigten Staaten ihre Präsenz in Deutschland im Rahmen der NATO beibehalten, sich der derzeitige militärische Hoheitsbereich der NATO keinen Zoll weit nach Osten ausweiten wird.»

Es hat also Versprechungen gegeben, einfach deshalb, weil der Westen keine andere Möglichkeit hatte, die Zustimmung der UdSSR für die Wiedervereinigung Deutschlands zu bekommen. Gorbatschow hat demnach die deutsche Wiedervereinigung einzig und allein deshalb akzeptiert, weil er Zusicherungen vom Präsidenten George H. W. Bush und James Baker, von Kanzler Helmut Kohl und seinem Aussenminister Hans-Dietrich Genscher, von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, ihrem Nachfolger John Major und dem Aussenminister von beiden, Douglas Hurd, dem französischen Präsidenten Mitterand, aber auch vom Direktor der CIA Robert Gates und von Manfred Wörner, dem damaligen NATO-Generalsekretär, bekam.3

Im Februar 2022 enthüllt Joshua Shifrinson im deutschen Magazin (Der Spiegel) ein als (geheim) eingestuftes Dokument vom 6.3.1991. Es wurde erstellt nach einem Arbeitstreffen der politischen Leiter der Aussenministerien der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens, Frankreichs und Deutschlands. Es gibt die Worte von Jürgen Chrobog, dem deutschen Vertreter, wieder:4

«Wir haben während der 2+4-Gespräche klar darauf hingewiesen, dass wir die NATO nicht jenseits der Elbe erweitern werden. Wir können deshalb Polen und den anderen keinen NATO-Beitritt vorschlagen.»

Die Vertreter der drei anderen NATO-Länder akzeptierten ebenfalls den Gedanken, den anderen osteuropäischen Ländern keinen NATO-Beitritt anzubieten. Der amerikanische Vertreter Raymond Seitz erklärte:

«Wir haben der Sowjetunion klar zu verstehen gegeben, in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen und anderswo, dass wir aus dem Rückzug der sowjetischen Truppen aus Osteuropa keinen Profit schlagen werden.»

Versprechen sind ein gültiger Rechtsakt

Es gab also einen ¿Deal›, und zwar unabhängig von schriftlichen Zeugnissen. Schlicht und einfach deshalb, weil ein ¿Deal› unumgänglich war. Und im internationalen Recht ist ein ¿Versprechen› ein einseitig gültiger Rechtsakt, der eingehalten werden muss (¿pacta sunt servanda›).

Das kommunistische System war nicht mehr lebensfähig und ist von sich aus zusammengebrochen. Nichtsdestotrotz haben die amerikanischen (Falken) eine Gelegenheit gesehen, um Russland vollkommen zu zerstören. Robert M. Gates, ehemaliger (Vize-)Direktor der CIA (1986–1993), enthüllt in seinen Erinnerungen, dass der damalige Verteidigungsminister Richard (= Dick) Cheney bestrebt war, Russland zu vernichten:5

«Als die Sowjetunion Ende 1991 zusammenbrach, wollte Dick [Cheney] nicht nur die Zerschlagung der Sowjetunion und des russischen Imperiums, sondern auch von Russland selbst.»

So hat man die schönen Versprechen von 1990/1991 schnell vergessen, und die Länder des «neuen Europa» – nach dem Ausdruck von Donald Rumsfeld – haben sich ab 1999 nach und nach dem Nordatlantikbündnis angeschlossen. Robert M. Gates erklärt im Juli 2000:

«In einer Zeit der besonderen Demütigung und Schwierigkeit für Russland hat das Vorantreiben der NATO-Osterweiterung, als man Gorbatschow und andere glauben liess, sie würde nicht stattfinden, zumindest nicht in absehbarer Zeit, denke ich, nicht nur das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Russland getrübt, sondern hat es schwieriger gemacht, konstruktiv mit den Russen zusammenzuarbeiten.»

Für die Länder Osteuropas war die Zugehörigkeit zur NATO ein obligatorischer Schritt auf dem Weg einer tieferen Integration in westliche Strukturen. Die Abfolge der Ereignisse lässt eine ungeschriebene Regel erkennen, wonach die NATO-Mitgliedschaft systematisch dem Beitritt zur Europäischen Union vorausging,

der damals als Garantie für schnelle Entwicklung und Wohlstand angesehen wurde und das eigentliche Ziel dieser Länder darstellte.

Dies wurde begünstigt durch ihre Teilnahme an den Kriegskoalitionen, welche die USA für Afghanistan und den Irak bildeten. Auf diese Weise haben die Vereinigten Staaten im wahrsten Sinne des Wortes Länder (gekauft). Und zwar solche, die käuflich und bereit waren, die niederen Arbeiten im Nahen Osten für sie auszuführen (die Folterprogramme der CIA eingeschlossen). Übrigens hat die (New York Times) im Jahr 1998 aufgedeckt, dass die Ausdehnung der NATO von der Waffenlobby in den Vereinigten Staaten gefördert wurde. Sie habe rund 51 Millionen US-Dollar ausgegeben, um amerikanische Politiker zu diesem Zweck zu bestechen.6

In den 1990er-Jahren sahen die russischen Eliten die NATO nicht als eine Bedrohung an. Deshalb haben sie auch nie ihre Auflösung gefordert. Sie sahen vielmehr in der Allianz den Sockel einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur, an der Russland gleichberechtigt teilhaben könnte.

LAND	NATO	EU
Tschechien	März 1999	Mai 2004
Ungarn	März 1999	Mai 2004
Polen	März 1999	Mai 2004
Bulgarien	März 2004	Jan. 2007
Estland	März 2004	Mai 2004
Lettland	März 2004	Mai 2004
Litauen	März 2004	Mai 2004
Rumänien	März 2004	Jan. 2007
Slowakei	März 2004	Mai 2004
Slowenien	März 2004	Mai 2004
Albanien	April 2009	
Kroatien	April 2009	Juli 2013
Montenegro	Mai 2017	
Nordmazedonien	März 2020	

Beitritt der Länder Osteuropas zur NATO und zur Europäischen Union.

Dem Beitritt der Länder des (neuen Europa) zur Europäischen Union ging immer derjenige zur NATO voraus. Ohne NATO kein Beitritt zur EU. Der NATO-Beitritt erfolgte weniger aus Angst oder Hass in Bezug auf Russland als wegen der Aussicht auf Wohlstand, den die EU bringen sollte.

Die Ukraine-Krise zeigt das Fehlen von strategischem Denken im Westen auf. Man hat zugelassen, dass die NATO die russische Grenze berührt. Als Folge davon haben weder die NATO noch Russland eine Pufferzone, die ihnen die Möglichkeit geben würde, auf einen Angriff zu reagieren, ohne sich gleich auf der atomaren Ebene zu begegnen. Indem sie das unantastbare russische Staatsgebiet direkt berührt, setzt sich die NATO – insbesondere die osteuropäischen Mitglieder – dem Risiko aus, fast unmittelbar in einen atomaren Konflikt verwickelt zu werden.

Hieraus erklären sich die zwei Vorschläge, die Russland noch Mitte Dezember 2021 den Vereinigten Staaten und der NATO übermittelt hat. Sie tragen die Titel:

«Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Russischen Föderation über Sicherheitsgarantien»

sowie

«Abkommen über die Massnahmen zur Wahrung der Sicherheit zwischen der Russischen Föderation und den Mitgliedstaaten des Nordatlantikpakts».

Im Westen sprechen (linke Rechtsextreme) von einem (Ultimatum) 7 und behaupteten, Wladimir Putin habe erklärt, «die zwei Vertragsentwürfe seien nicht verhandelbar» 8. Das entspricht nicht den Tatsachen: Die russische oppositionelle Internetseite Meduza spricht klar von (Vorschlägen) 9. Doch weder die NATO noch die USA wollten auf dieser Grundlage überhaupt einen Dialog beginnen. Wie Aussenminister Anthony Blinken sagte: «There is no change; there will be no change» (Es gibt keinen Kurswechsel; es wird keinen Kurswechsel geben).

Das angebliche Recht auf einen NATO-Beitritt

Man kann entgegenhalten, dass jedes Land das Recht hat, der NATO anzugehören, und dass Russland zu Unrecht in diese Entscheidungen eingreift. Das ist richtig, aber nicht wirklich das Problem: Es stellt sich nicht die Frage nach einem NATO-Beitrittsrecht für Länder, sondern ob es für die Allianz selbst sinnvoll ist, bestimmte Mitglieder aufzunehmen. Denn Wladimir Putin hat sehr wohl verstanden, dass der Beitrittsprozess bisher irrational verlief, insbesondere weil der atomare Aspekt des Problems ausgeklammert wurde. Der Beitritt zu einer Allianz ist offensichtlich keine harmlose Angelegenheit, denn er bringt Verpflichtungen für alle Mitglieder der Allianz mit sich. Solch ein Mechanismus hatte dafür gesorgt, dass die Ermordung von Erzherzog Franz-Joseph im Jahr 1914 vierzig Millionen Tote zur Folge hatte.

In der Tat vertritt die NATO eine sogenannte (Politik der offenen Tür). Sie wird aber falsch verstanden. Sie ist im Artikel 10 des Washingtoner Abkommens niedergelegt:

«Artikel 10 – Die Parteien können durch einstimmigen Beschluss jeden anderen europäischen Staat, der in der Lage ist, die Grundsätze dieses Vertrags zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebiets beizutragen, zum Beitritt einladen. Jeder so eingeladene Staat kann durch Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Mitglied dieses Vertrags werden. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika unterrichtet jede der Parteien von der Hinterlegung einer solchen Beitrittsurkunde.»

Mit anderen Worten, es werden Länder eingeladen in dem Masse, wie sie zur «zur Sicherheit des nordatlantischen Gebiets» beitragen können. Um es klar auszudrücken: Das Kriterium ist nicht die Sicherheit der einzeln aufgenommenen Länder, sondern die kollektive Sicherheit der Region. Genau das haben die Länder des «neuen Europa» nicht verstanden. Unter anderem bedeutet dies, dass potenziell jedes Land im Euro-Atlantik-Raum Mitglied sein kann, dass aber die Entscheidung der Allianz obliegt, die keine Verpflichtung hat, jedes Land aufzunehmen, welches den Wunsch äussert.

Es ist somit unpräzise zu behaupten, die Ukrainer könnten selbst bestimmen, ob sie der NATO angehören wollten oder nicht. Die Entscheidung liegt in jedem Fall bei den Mitgliedsländern der Allianz und hängt von der Sicherheit ab, die die Ukraine ihnen bringen kann. Man macht es sich zu einfach, wenn man behauptet, dass Russland kein «Vetorecht gegen eine NATO-Erweiterung» haben könne. Selbstverständlich kann sich Russland nicht in die Angelegenheiten der Allianz einmischen. Aber trotzdem ist eine Erweiterung der Allianz nicht bedingungslos möglich. Denn es besteht ein Prinzip, was von allen OSZE-Mitgliedern anerkannt und im Dokument von Istanbul (1999) sowie in der Erklärung von Astana (2010) niedergelegt wurde: «Die Sicherheit jedes Teilnehmerstaats ist untrennbar mit der Sicherheit aller anderen verbunden.» Dies bedeutet, dass die Sicherheit eines Landes nicht auf Kosten eines anderen hergestellt werden kann. Tatsächlich ist dies jedoch der Fall, wenn die NATO – und besonders die Vereinigten Staaten – Waffensysteme stationieren und damit die atomaren Warn- und Vorwarnzeiten eines Landes verkürzen. Die Probleme eines Landes können schnell zu Problemen der gesamten Allianz werden, also eine ähnliche Situation wie im Jahr 1914.

*Jacques Baud: «Putin - Herr des Geschehens?»

Westend-Verlag, 2023



E-Book 19.90 CHF / 19.90 Euro Paperback: 35.90 CHF / 26.00 EURO

«Das Sterben in der Ukraine schreitet voran. Obwohl dieser Krieg täglich in den Medien präsent ist, bleibt vieles unterbelichtet, denn seine Vorgeschichte wird lediglich unvollständig dargestellt oder sogar ignoriert. Für Jacques

Baud ist es höchste Zeit, zurück zu den Fakten und zum Dialog zu kommen.»

FUSSNOTEN

- 1 «Declassified documents show security assurances against NATO expansion to Soviet leaders from Baker, Bush, Genscher, Kohl, Gates, Mitterrand, Thatcher, Hurd, Major, and Woerner», National Security Archive, 12.12.2017, Washington D. C. 2 «NATO enlargement and Russia: myths and realities», NATO Review, 2014
- 3 «Declassified documents show security assurances against NATO expansion to Soviet leaders from Baker, Bush, Genscher, Kohl, Gates, Mitterrand, Thatcher, Hurd, Major, and Woerner», National Security Archive, 12.12.2017, Washington D. C.
- 4 Klaus Wiegrefe, «Neuer Aktenfund von 1991 stützt russischen Vorwurf», Der Spiegel, 18.2.2022
- 5 Robert M. Gates, Duty: Memoirs of a Secretary at War, Knopf Doubleday, 14.1.2014 (S. 97)
- 6 Katharine Q. Seelye, «Arms Contractors Spend to Promote An Expanded NATO», The New York Times, 30.3.1998
- 7 Françoise Thom, «What Does the Russian Ultimatum to the West Mean?», desk-russie.eu, 30.12.2021

8 Caroline Roux in der Sendung »C dans l'air« vom 25.1. («Ukraine: la surenchère russe ... ou américaine? #cdanslair 25.01.2022», France 5/YouTube, 26.1.2022 (20'20'')

9 «Moscow's terms Russia publishes proposal for legally binding security guarantees, demanding NATO abandonment of activity in Ukraine and U. S. military withdraw from post-Soviet world», Meduza, 17.12.2021

Quelle: https://www.infosperber.ch/politik/welt/das-versprechen-dass-sich-die-nato-nicht-nach-osten-ausdehnt/

Aus der Redaktion INFOsperber

Login Registration infosperber.ch sieht, was andere übersehen. **Dienstag, 15. August 2023, 15:27** Newsletter



Nur 50 Prozent der mRNA müssen intakt sein, damit eine Covid-Impfstoff-Charge freigegeben werden darf.

© solarseven / Depositphotos

Forscher wollen Moratorium für mRNA-Impfstoffe und -Medikamente

Martina Frei / 14.08.2023

Bei den Covid-Impfungen seien etablierte Standards verwässert und Substanzen gespritzt worden, über die zu wenig bekannt sei.

Im ersten Teil dieses Interviews legten die beiden Chemie-Professoren Andreas Schnepf und Martin Winkler dar, wie gross die erlaubten Toleranzbreiten bei der Herstellung der mRNA-Impfstoffe sind. Sie hegen Zweifel, ob die Impfstoffe vor dem Verabreichen qualitativ gut genug geprüft wurden. Martin Winkler ist Professor im Forschungsbereich Polymere Beschichtungen an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Andreas Schnepf ist Professor für Anorganische Chemie an der Universität Tübingen.



Professor Dr. Martin Winkler © zVg



Professor Dr. Andreas Schnepf © zVg

Zusammen mit drei Professoren-Kollegen stellen Sie den Behörden und Herstellern seit Beginn der Covid-Impfkampagne hartnäckig Fragen. Was treibt Sie um, Herr Winkler und Herr Schnepf?

Zuerst fiel uns auf, dass der Impfstoff von Pfizer/Biontech vom Hersteller als (grau bis cremeweiss) beschrieben wurde. Eine solche Farbvariation ist bei Nanopartikeln ungewöhnlich, denn bei ihnen hängt die Farbe davon ab, in welchem Winkel man die Lösung betrachtet. Also müssten die Hersteller angeben, bei welchem Betrachtungswinkel ihr Impfstoff welche Farbe hat. Sollte die Substanz einen grauen Farbton besitzen, ist das unseres Erachtens ein klarer Hinweis, dass die Nanopartikel zu gross sind. Uns hat das stutzig gemacht, deshalb haben wir beim Paul-Ehrlich-Institut nachgefragt.

Wie lautete die Antwort?

Sie war unbrauchbar. So wurde uns zum Beispiel auf eine unserer Fragen als Antwort etwas zum Erweichungspunkt von Zäpfchen übermittelt. Da haben wir uns schon gefragt, was in der Behörde los ist. Diese Antwort hatte überhaupt nichts mit unserer Frage zu tun. Das, was wir wissen wollten, hat uns das Paul-Ehrlich-Institut noch immer nicht mitgeteilt.

Gibt es aus Ihrer Sicht weitere offene Fragen zu den Covid-Impfstoffen?

Ja, etliche. In den Zulassungsstudien wurde vieles nicht wirklich geklärt. Nach einigen Monaten wurden sie «entblindet» und die Placebogruppen geimpft. So haben wir keine Möglichkeit, die Langzeitwirkungen durch eine randomisierte, placebokontrollierte Studie zu untersuchen. Damit fehlt uns der Goldstandard der evidenzbasierten Medizin.

Hätten Sie es stattdessen in Kauf nehmen wollen, dass die Menschen in der Placebogruppe ungeimpft weiter als (Versuchskaninchen) dienen?

Und stattdessen werden Milliarden geimpfte Menschen – um Ihren Begriff aufzunehmen – zu «Versuchskaninchen»! Hier stellt sich die Frage nach der Einwilligung. Diese Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer haben bewusst für sich entschieden, an einem Experiment teilzunehmen. Das ist ehrenwert, denn nur so bekommt man «harte Fakten». Die Milliarden Menschen, die geimpft wurden, haben zwar auch eine Einwilligung gegeben, aber den meisten war nicht klar, dass die grosse Impfstudie, die eigentliche Phase 3-Studie, vorzeitig abgebrochen wurde und sie nun Teil der sogenannten «Postmarketing-Studie» geworden sind. Das ist rechtlich mehr als problematisch. Die Aussagefähigkeit einer solchen Studie reicht nicht an die Aussagekraft einer Doppelblindstudie heran. Eigentlich sollte man aber bei einer Substanz, die Milliarden Menschen verabreicht wird, die bestmöglichen Standards verwenden. Diese Impfstoffe wurden sehr rasch freigegeben, obwohl sie Substanzen enthalten, über die teilweise gar nicht viel bekannt ist.

Zum Beispiel?

In der sogenannten Pharmakopöe sind die Qualitätsvorschriften für alle Arzneimittel und für die Hilfsstoffe festgelegt. Die Lipid-Nanopartikel im modRNA-Impfstoff sind aber in keiner Pharmakopöe enthalten. Bei den Lipid-Nanopartikeln gibt es keine toxikologischen Daten, keine Daten, ob sie Embryonen schädigen können, kein Wissen zum Gefährdungspotenzial – man hat sie trotzdem Milliarden von Menschen verspritzt. Der Leiter des Paul-Ehrlich-Instituts, Klaus Cichutek, hat dem schon 2021 widersprochen: Die toxikologischen Untersuchungen zu den Nanopartikeln seien durchgeführt worden, sagte er gegenüber dem (MDR), und er beruhigte auch: Der Grossteil der mRNA verbleibe nach der Covid-Impfung im Muskel. Kleinste Mengen, die ins Blut oder die Organe gelangen, seien dort unbedenklich, es habe auch in den Studien nach der Zulassung «keine Hinweise darauf gegeben, dass das in irgendeiner Form schädlich für Organe oder Gewebe wäre». Weshalb behaupten Sie trotzdem etwas anderes?

Im Pfizer-Report nach der bedingten Zulassung wurde schon im Februar 2021 gezeigt, dass es eine riesige Anzahl an Nebenwirkungen von besonderem Interesse gibt – neun Seiten des Berichtes sind damit dicht beschrieben. Wenn das keine Hinweise auf Schädigungen sind – was dann? Die toxikologischen Studien zu den Nanopartikeln würden wir gerne mal sehen. In den sogenannten (Rolling Reviews) der EMA haben wir nichts dazu gefunden. Über das Verbleiben des Impfstoffs im Muskel haben wir bereits gesprochen (siehe Teil 1 dieses Interviews). Die Nanopartikel wurden bewusst so designt, dass sie ihre Fracht vor allem in das lymphatische System transportieren. Dieses spielt eine herausragende Rolle im Immunsystem.

Können derart winzige Mengen von Zusatzstoffen wirklich schaden?

Bei krebserregenden Stoffen reichen schon winzige Mengen aus, um Schaden anzurichten. Zudem ist winzig ein relativer Begriff, es kommt ja auch immer auf die Giftigkeit einer Substanz an. Bei den modRNA-(Impfstoffen) wird zwar wenig Substanz verabreicht. Aber da damit auch sehr kleine Nanopartikel aufgebaut werden, ist deren Zahl riesig: Eine Impfdosis enthält Billionen Partikel.

Warum steht in der Pharmakopöe nichts zu den Nanopartikeln, die bei den mRNA-Impfungen verwendet werden?

Das haben wir die deutsche Zulassungsbehörde, das Paul-Ehrlich-Institut, gefragt. Die Antwort war sinngemäss: Wenn die Nanopartikel Bestandteil eines zugelassenen Produkts sind, dann sind sie automatisch zugelassen. So eine Auslegung ist völlig neu. Bisher musste jeder einzelne pharmazeutische Hilfsstoff geprüft werden und in der Pharmakopöe gelistet sein, damit man ihn verwenden darf. Ein Beispiel ist das Lipid ALC-0315. Laut dem Sicherheitsdatenblatt des Herstellers darf es nur für Forschungszwecke verwendet werden und es ruft Entzündungen hervor. Bis vor kurzem stand dort auch der Hinweis, dass es krebserre-

gend sei, wobei dieser Hinweis aktuell verschwunden ist. Trotzdem diente und dient ALC-0315 als Hauptkomponente zur Herstellung der Nanopartikel im Impfstoff (Comirnaty) von Pfizer/Biontech.

Laut dem Paul-Ehrlich-Institut (PEI) wurde sehr wohl geprüft, ob die Hilfsstoffe in den mRNA-Impfungen für die Anwendung beim Menschen geeignet sind. Die (Pharmazeutische Zeitung) bezeichnete das Infragestellen von ALC-0315 sogar als (absurd).

Dies entspricht nicht unserem Stand des Wissens, denn das PEI hat in seiner Kommunikation mit uns nie erwähnt, dass diese Stoffe geprüft worden wären, sondern nur die eben genannte Erklärung angeboten. Wenn dem so ist, dass die Hilfsstoffe für die Anwendung am Menschen geprüft wurden, dann sollte man die entsprechenden Ergebnisse zugänglich machen und auch das Sicherheitsdatenblatt entsprechend anpassen! Der mögliche krebserregende Charakter von ALC-0315 liegt auf der Hand.

Weshalb?

Wenn eine Substanz darauf optimiert wurde, dass sie die modRNA umhüllt, dann kann sie dies auch mit anderen Substanzen mit einem ähnlich aufgebauten (Gerüst) wie zum Beispiel der Erbsubstanz DNA tun. Vor diesem Hintergrund ist vielleicht eher die Aussage der (Pharmazeutischen Zeitung) absurd. Toxizitätsstudien können hier sicher Licht ins Dunkel bringen und wären dringend angeraten. Solche Toxizitätsprüfungen hätte Pfizer ursprünglich nachliefern sollen, aber diese Forderungen – wie übrigens viele andere auch – wurden dann bei der regulären Zulassung der Impfstoffe einfach fallengelassen. Die Begründung war sinngemäss: Diese Substanzen wurden jetzt milliardenfach verimpft, ohne dass grosse Nebenwirkungen beobachtet worden wären, deshalb seien die geforderten Studien nicht mehr nötig.

Die Behörden, die das alles überwachen, sahen und sehen keinen Grund zur Sorge. Haben Sie kein Vertrauen in die Behörden?

In den letzten Jahren haben wir wiederholt festgestellt, dass seitens der Behörden nicht viel Transparenz geschaffen wird. Entweder werden unsere Fragen nicht beantwortet, oder es wird gemauert, oder die Behörden verweisen wechselseitig darauf, dass sie nicht zuständig seien. Dieses Verhalten schafft nicht unbedingt Vertrauen. Weiterhin gehen die Behörden offensichtlichen Sicherheitssignalen, wie einer Übersterblichkeit seit Beginn der Impfkampagne beziehungsweise einer deutlich höheren Zahl an Nebenwirkungsmeldungen im Vergleich zu sonst, um nur zwei zu nennen, nicht wirklich nach.

Haben Sie den Eindruck, man lässt Sie auflaufen?

Ja, so kann man das sagen. Das ist nicht vertrauensbildend. Bei früheren Impfungen wurde in Deutschland bei 0,07 von 1000 Impfdosen der Verdacht einer Impfnebenwirkung gemeldet. Nun sind es etwa 20-mal so viele: Beim Impfstoff von Pfizer/Biontech rund 1,6 pro 1000 Impfdosen und sogar 0,3 schwere Nebenwirkungen pro 1000 Impfdosen. Die wahre Anzahl liegt noch höher, denn Spontanmeldesysteme erfassen in normalen Zeiten bis zu 90 Prozent der unerwünschten Wirkungen von Arzneimitteln nicht. Weshalb reagieren die Behörden nicht auf diese deutliche Erhöhung der gemeldeten Impfnebenwirkungen?

Sie fordern nun sogar einen Stopp der mRNA-Technik. Warum?

Die modRNA-Technik ist unseres Erachtens noch nicht so ausgereift, dass man sie auf andere Medikamente ausweiten sollte. Früher sind Medikamente vom Markt genommen worden, weil es wenige Todesfälle gab. Nun gibt es Tausende schwer geschädigter Menschen und deutlich mehr Todesfälle im Zusammenhang mit der Impfung – und man macht einfach weiter. Das kann nicht sein. Wir müssen zuerst eine echte, wissenschaftliche Diskussion führen und die offenen Fragen aufarbeiten, bevor wir damit weitermachen. Momentan spricht man nicht miteinander, sondern nur übereinander, das hat nichts mit einem wissenschaftlichen Diskurs zu tun. Ein solcher wäre aber dringend geboten.

In verschiedensten Gebieten der Medizin werden gegenwärtig RNA-Medikamente erprobt. Die Hersteller sehen darin ein grosses Potenzial. Sie werden sich gegen das von Ihnen vorgeschlagene Moratorium wehren.

Wenn man sieht, was alles passiert ist, halten wir es für eine menschliche Pflicht, etwas zu unternehmen. Während der Pandemie wurden die geltenden Standards verwässert und bewährte Regelmechanismen ausser Kraft gesetzt. Das muss wieder viel strikter gehandhabt werden und wir müssen die etablierten hohen Standards der randomisierten Studien bei der Zulassung neuer Medikamente und gerade auch neuer Impfstoffe einhalten. Weiterhin ist es dringend nötig, die Verstrickung von pharmazeutischer Industrie und Behörden aufzulösen, um die Einflussnahme der Industrie auf die Behörden zurückzudrängen. Möglicherweise hat man deshalb nicht sauber hingeschaut. Die Gefahr ist, dass dies nun der normale Massstab wird und dass es sich wiederholen wird. Das muss verhindert werden. Die aktuell zu beobachtende Übersterblichkeit spricht hier Bände. Wahrscheinlich wird ein Moratorium abgelehnt. Aber die Hoffnung stirbt zuletzt. infosperber.ch

Tiefe Verzweiflung breitet sich in der Ukraine aus, nachdem eine blutige Gegenoffensive mit begrenzten Fortschritten stattgefunden hat.

uncut-news.ch, August 14, 2023

Wie die «Washington Post» berichtet, ist die Stimmung vieler Ukrainer wegen des Krieges mit Russland getrübt und die nationale Einheit beginnt zu bröckeln. Der Stimmungsumschwung kommt, weil Kiews Gegenoffensive im Frühjahr trotz steigender Verluste keine nennenswerten Gebiete zurückerobern konnte. «Die Ukrainer, die dringend gute Nachrichten benötigen, bekommen einfach keine», berichtete die «Washington Post» am Donnerstag. Die Ukrainerin Alla Blyzniuk, die von der Zeitung interviewt wurde, sagte: «Früher waren die Menschen vereint.» Jetzt beschreibt sie ein Gefühl der kollektiven «Enttäuschung». Dieses Gefühl der Verzweiflung wird durch die massiven Verluste bei der Gegenoffensive Kiews hervorgerufen. Blyzniuk sagte, dass die meisten Soldaten, die an die Front geschickt werden, nach nur zwei oder drei Tagen sterben.



Letzte Woche berichtete (Politico), dass Kiew 150'000 Soldaten an drei Fronten eingesetzt hat. Dennoch gibt das Pentagon zu, dass die ukrainischen Streitkräfte keine nennenswerten Erfolge erzielt haben. Washington behauptet öffentlich, es habe Kiew alles zur Verfügung gestellt, was die Ukraine für eine erfolg-

reiche Gegenoffensive benötige. Westliche Offizielle gaben jedoch gegenüber dem Wall Street Journal zu, dass den ukrainischen Streitkräften wichtige Ausrüstung fehle.

«Als die Ukraine in diesem Frühjahr ihre grosse Gegenoffensive startete, wussten westliche Militärs, dass Kiew weder über das Training noch über die Waffen – von Granaten bis zu Kampfflugzeugen – verfügte, um die russischen Truppen zu vertreiben. Aber sie hofften, dass der ukrainische Mut und Einfallsreichtum siegen würden. Das haben sie nicht.»

Anna Oliinyk, eine ukrainische Soldatin, sagte der (Post), sie habe gehofft, dass sich die Verluste lohnen würden ...

«Wir haben all diese Männer, die ohne Gliedmassen von der Front zurückkehren», sagte sie. «Ich möchte, dass der Preis, den sie bezahlt haben, angemessen ist. Sonst hat das, was sie durchgemacht haben, keinen Sinn.»

Annas Ehemann, ein ukrainischer Soldat, der ein Bein verloren hat, sagte der (Post), dass er nicht zurückkehren würde, wenn er noch einmal die Wahl hätte, und fügte hinzu, dass Kiew unausgebildete Soldaten an die Front schickt.

«Sie nehmen jeden und schicken ihn an die Front, ohne ihn richtig vorzubereiten», sagte er. «Ich will nicht mit unmotivierten Leuten zusammen sein.»



Quelle: https://uncutnews.ch/tiefe-verzweiflung-breitet-sich-in-der-ukraine-aus-nachdem-eine-blutige-gegenoffensive-mit-begrenzten-fortschritten-stattgefunden-hat/

Zitat des Tages

Letztendlich kommen wir auf die Frage zurück wie sehr du die Wahrheit eigentlich liebst? Liebst du die Wahrheit wirklich oder bist du einfach nur neugierig? Liebst du sie genug um dein Verständnis einer Realität anzugleichen, die mit deinen derzeitigen Glaubensvorstellungen nicht übereinstimmt und die dich nicht zu 120% fröhlich stimmt? Liebst du die Wahrheit genug um weiter nach ihr zu suchen, sogar dann wenn es weh tut, wenn es Aspekte über dich selbst offen legt (oder über die menschliche Gesellschaft, oder das Universum), die schockierend, komplex und verstörend sind, oder die demütig werden lassen, wunderbar und verblüffend sind - oder sogar, wenn sich die Wahrheit weit entfernt des menschlichen Geistes selbst befindet? Wie sehr also lieben wir die Wahrheit? Ich denke, dies ist eine gute Frage, die wir uns stellen sollten.

- Scott Mandelker

Quelle: https://de.sott.net/

Pfizer unterschlägt Impftote

uncut-news.ch, August 14, 2023



REUTERS. Dado Ruvic

Anwalt Roux nahm an der Studie für den Impfstoff teil und erlitt einen Schaden, der wie viele weitere aus der Dokumentation verschwand. Er zitiert auch einen gelöschten Todesfall vom Sommer 2020, lange vor der Notzulassung. Pfizers Zulassungsstudie wurde aufgrund eines militärischen Geheimabkommens durchgeführt. StA bleibt passiv, Ministerium mauert, Behörden prüfen nichts selbst, Berichterstattung wird zensiert, Auskünfte nur auf richterlichen Druck. Also wie bei uns! Der Strafverteidiger Dr. Augusto Germán Roux aus Buenos Aires (@RouxAugusto), folgt mir auf Twitter. Aufgrund seiner Fragen zu den Regelverstössen wurde ihm eine psychische Erkrankung attestiert.

Bekanntlich brach Pfizer die Zulassungsstudie irregulär ab, als es in der Impfgruppe mehr Tote gab als in der Kontrollgruppe, siehe Originalstudie: https://ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC8461570/#ap2, <Supplementary Appendix>, Seite 11. Aufgrund der gefälschten Dokumentation werden die echten Zahlen noch ungünstiger sein. Pfizer setzt damit die lange Liste seiner Verbrechen fort, siehe etwa https://welt-sichten.org/artikel/39260/die-impfskepsis-kommt-nicht-von-ungefaehr Schon 2021 hatte ein Whistleblower von Fälschungen an einem anderen Ort berichtet und wurde gefeuert:

https://bmj.com/content/375/bmj.n2635.

Das Interview wurde vom deutschen Auslandssender DW-Argentinien am 29.5.2023 geführt. Link zur vollständigen Originalfassung:







Pfizer unterschlägt Impftote

@DeutscheWelle: Anwalt Roux nahm an der Studie für den Impfstoff teil und erlitt einen Schaden, der wie viele weitere aus der Dokumentation verschwand. Er zitiert auch einen gelöschten Todesfall vom Sommer 2020, lange vor der Notzulassung.

Pfizers... Mehr anzeigen



Quelle: https://uncutnews.ch/pfizer-unterschlaegt-impftote/

Die Explosion der Georgia Guidestones ist auch Jahre später immer noch ein Rätsel

uncut-news.ch, August 14, 2023

Mehr als ein Jahr ist seit der mysteriösen Explosion bei den Georgia Guidestones in den USA vergangen. Noch immer hat die Polizei keinen Verdächtigen im Visier, noch immer gibt es keine Festnahmen. Am Morgen des 6. Juli 2022 filmte eine Überwachungskamera, wie jemand mit einem Gegenstand auf das umstrittene Denkmal zufuhr und dann mit Vollgas davonraste. Wenige Augenblicke später zeichneten mehrere Kameras eine Explosion auf.

Später an diesem Tag wurde auch der Rest des Denkmals (aus Sicherheitsgründen) zerstört. Das 1980 errichtete Denkmal gilt als (eines der grössten Geheimnisse Amerikas). Seit seiner Errichtung wird es mit (Verschwörungstheorien) in Verbindung gebracht.



Auf die Säulen wurden Botschaften an die zukünftigen Generationen geschrieben. In 12 Weltsprachen forderten sie, die Weltbevölkerung unter 500 Millionen zu halten. Dies, um ein «ewiges Gleichgewicht» mit der Natur zu erreichen.

Kandiss Taylor, Kandidatin für das Amt des Gouverneurs von Georgia, bezeichnete das Monument als (satanisch).



Quelle: https://uncutnews.ch/die-explosion-der-georgia-guidestones-ist-auch-jahre-spaeter-immer-noch-ein-raetsel/

Mearsheimer: Die Ukraine ist ‹zum Verlieren verdammt›

13 Aug. 2023 20:40 Uhr

Der Politologe John Mearsheimer ist überzeugt, der Ukraine-Konflikt wird noch lange andauern. Die Situation ist verfahren, das Vertrauen zerrüttet. Die grösste Last trägt die Ukraine. Das 2008 gegebene Versprechen, sie in die NATO aufzunehmen, entpuppt sich als katastrophaler Fehler.

In einem zweiteiligen Beitrag im Politikmagazin (Cicero) zeichnet der US-amerikanische Politologe ein düsteres Bild von der weiteren Entwicklung des Ukraine-Konflikts. Mearsheimer geht davon aus, dass der militärische Konflikt noch Jahre anhalten wird.

Das Vertrauen vor allem Russlands in den Westen ist nach der Sabotage des Abkommens Minsk 2 erschüttert. Minsk 2 sollte die territoriale Integrität der Ukraine unter Ausklammerung der Krim gewährleisten, indem die Kiewer Regierung dem Donbass mehr Autonomie zugesteht. Minsk 2 war ein 13 Punkte umfassender Fahrplan zur Beendigung des Bürgerkriegs und der Föderalisierung der Ukraine, wobei der Donbass Teil der Ukraine bleiben sollte.

Dieser Plan wurde vom Westen hintertrieben. Faktisch gibt es daher im Westen keinen für Russland glaubwürdigen Verhandlungspartner mehr. Die damaligen Verhandlungsführer Angela Merkel, der ehemalige französische Präsident François Hollande und der damalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko haben öffentlich zugegeben, dass es beim Minsker Abkommen nie um die Umsetzung gegangen sei. Das Abkommen sollte der Ukraine nur Zeit verschaffen, um «stärker zu werden», wie es die deutsche Ex-Kanzlerin in einem Interview mit der Wochenzeitung «Die Zeit» formulierte.

Für das Schlachtfeld sieht Mearsheimer den Vorteil bei Russland. Die russische Strategie sei effektiver und schone gleichzeitig Menschenleben. Die Verluste der Ukraine schätzt er um einiges höher ein als die Russlands. Der Vorteil Russlands liege schon in der ungleich höheren Bevölkerungszahl im Vergleich zur Ukraine. Zudem sei die russische Rüstungsindustrie in der Lage gewesen, ihre Produktion massiv auszuweiten. Dagegen stiesse der Westen an Kapazitätsgrenzen, die er auch nicht schnell überwinden könnte, führt der Politologe aus.

Für die Ukraine habe dies weitreichende Konsequenzen. Schon vor dem Beginn der Spezialoperation sei die Ukraine in wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewesen. Flucht und Krieg hätten diese Probleme noch einmal kräftig verschärft, so Mearsheimer. Das Land sei vollständig von ausländischer Hilfe abhängig, weite Teile der Industrie seien zerstört.

Mearsheimer schreibt: «Die Zukunft der Ukraine sieht äusserst düster aus. Es gibt keine Anzeichen für ein baldiges Ende des Krieges, was eine weitere Zerstörung der Infrastruktur und des Wohnraums, eine weitere Zerstörung von Städten, mehr zivile und militärische Todesopfer und eine weitere Schädigung der Wirtschaft bedeutet. Und nicht nur, dass die Ukraine wahrscheinlich noch mehr Territorium an Russland verlieren wird (...)»

Letztlich hätten die Gegner der NATO-Erweiterung recht behalten. Der Auslöser des Konfliktes sei der Wunsch, die Ukraine in die NATO aufzunehmen und die NATO damit weiter in Richtung Russland auszudehnen. Die Entwicklung des Konfliktes hin zum Krieg sei ein permanentes Ignorieren russischer Sicherheitsinteressen, so der Politologe.

Noch im Dezember 2021 mahnte Russland in einem sowohl an die NATO als auch an die USA gerichteten Schreiben die Unteilbarkeit dieser Sicherheit an. Russland bat um Sicherheitsgarantien und erhielt eine allgemein gehaltene Erklärung über die Freiheit der Bündniswahl als Antwort. Zwei Monate später, im Februar, nachdem der Beschuss des Donbass durch die Ukraine massiv zugenommen hatte und die inzwi-

schen von Russland anerkannten Republiken um militärische Unterstützung gebeten hatten, begann Russland mit seiner militärischen Spezialoperation.

«Hätten die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten im April 2008 nicht versucht, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, oder wären sie nach dem Ausbruch der Ukraine-Krise im Februar 2014 bereit gewesen, den Sicherheitsbedenken Moskaus entgegenzukommen, gäbe es heute wahrscheinlich keinen Krieg in der Ukraine und ihre Grenzen sähen so aus wie bei ihrer Unabhängigkeit im Jahr 1991. Der Westen hat einen kolossalen Fehler begangen, für den er und viele andere noch immer bezahlen müssen», so Mearsheimer.

Quelle: https://freeassange.rtde.me/europa/177776-john-mearsheimer-ukraine-zum-verlieren/

Kretschmer gegen Taurus-Marschflugkörper für Ukraine – Scholz weicht aus

13 Aug. 2023 20:18 Uhr

Die Bundesregierung denkt aktuell über die Lieferung von Taurus-Marschflukörpern in die Ukraine nach, mit der diese auch grosse russische Städte treffen könnte. Während Bundeskanzler Olaf Scholz im ZDF-Sommerinterview ausweichend geantwortet hat, sprach sich der sächsische Landeschef Michael Kretschmer am Sonntag deutlich dagegen aus.

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hat sich auf Twitter-Nachfolger X klar gegen die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine ausgesprochen. In einem am Sonntag veröffentlichten Tweet schrieb der Politiker:

«Immer wieder überschreitet die Bundesregierung selbstgesetzte rote Linien. Nach Leopard-Panzern nun #Marschflugkörper. Was kommt als nächstes? Das tägliche Grauen & Sterben verlangt nach neuen, intensiven diplomatischen Initiativen des freien Westens.»

In einem weiteren Tweet schrieb Kretschmer:

«Deutschland hatte verantwortungsvolle, kluge und ausgewogene Aussen- und Sicherheitsstrategien. Wollen wir wirklich in Kauf nehmen, dass deutsche Raketen in Russland einschlagen könnten? Ich bin ganz klar gegen die Lieferung von Marschflugkörpern.»

In einem ebenfalls am Sonntag auf der Webseite des Spiegel veröffentlichten Interview bestätigte der sächsische Landesvater seine ablehnende Haltung:

«Ich bin ganz klar gegen die Lieferung von Marschflugkörpern.»

Die Bundesregierung prüft derzeit eine Lieferung der Taurus-Marschflugkörper, hat aber offiziell bislang keine Entscheidung darüber getroffen. Bundeskanzler Olaf Scholz beantwortete die Frage danach im ZDF-Sommerinterview ausweichend:

«So wie in der Vergangenheit werden wir jede einzelne Entscheidung immer sehr sorgfältig überprüfen, was geht, was Sinn macht, was unser Beitrag sein kann.»



Zugleich bestätigte der Kanzler Berichte, wonach auch eine technische Reichweitenbegrenzung der Fluggeräte geprüft werde.

Michael Kretschmer gehört zu den wenigen prominenten Politikern in Deutschland, und ist wahrscheinlich der einzige in hoher Regierungsverantwortung, der die dominierende antirussische Ausrichtung der deutschen Politik nicht vollständig mitgeht. Schon im August 2022 ging er mit der kriegerischen aussenpolitischen Linie der Bundesregierung hart ins Gericht und forderte eine Verhandlungslösung für die Ukraine. Im September 2022 warnte der Politiker vor einer Materialschlacht in der Ukraine und betonte, dass man ein gutes Verhältnis zu Russland brauche: «Russland wir auch in 100 Jahren noch da sein.» Im Januar kritisierte Kretschmer die Lieferung von Leopard-Panzern an die Ukraine. Zudem forderte er immer wieder die Reparatur der Nord Stream-Gaspipelines.

Für seine vermittelnden Positionen wurde der sächsische Ministerpräsident wiederholt vom dauerpöbelnden früheren Botschafter der Ukraine Andrei Melnik angegriffen. Im August 2022 liess dieser unter anderem verlautbaren, dass Kretschmer in der Ukraine unerwünscht sei. Im September freute er sich, dass Kretschmer (eins auf die Fresse) kriegt.

Quelle: https://freeassange.rtde.me/inland/177785-kretschmer-gegen-taurus-marschflugkoerper-fuer-ukraine/

Die Streumunition aus den USA wird den Zivilisten im Donbass noch mehr Leid und Tod bringen

13 Aug. 2023 09:30 Uhr

Kiew wird seine neu erhaltenen Waffen dafür einsetzen, um Wohngebiete in der Ostukraine anzugreifen, so wie es dies bereits in den vergangenen neun Jahren getan hat. Aber der wirkliche Kriminelle ist die US-Regierung, die weiss, dass ihre Streumunition der Ukraine nicht wirklich helfen wird. Eine Analyse von Eva Bartlett

Die jüngste Entscheidung der USA, Streumunition in die Ukraine zu schicken, ist unmoralisch, unethisch und kriminell. Wir haben bereits die schrecklichen Folgen des Einsatzes solcher Waffen gesehen – verstümmelte und ermordete Zivilisten, oft noch Jahrzehnte nach deren Einsatz – beispielsweise im Irak, in Südostasien sowie im Libanon.

Neben den ethischen Gründen, diese Waffen nicht in die Ukraine zu schicken, gibt es aus militärischer Sicht auch pragmatische Gründe, dagegen zu sein: Sie sind für die ukrainischen Streitkräfte sinnlos, trotz des Versprechens des Westens, dass sie «in einem grösseren Gebiet Schaden anrichten als gewöhnliche Artilleriegranaten».

In Wirklichkeit decken diese Streubomben zwar ein grösseres Gebiet ab als herkömmliche hochexplosive Munition, richten aber keinen grösseren Schaden an, schon gar nicht an den befestigten russischen Stellungen. Sie werden hauptsächlich zur gezielten Bekämpfung von Truppen in leicht gepanzerten Fahrzeugen auf offenem Gelände eingesetzt. Kein Gamechanger für Kiew.

Laut Scott Ritter, einem ehemaligen Offizier für Aufklärung der US-Marineinfanterie und Militärexperte, «sind dies die ungeeignetsten Waffen der Welt für einen Stellungskrieg. Im Stellungskrieg braucht man hochexplosive Granaten, die Bunker knacken und Schützengräben zum Einsturz bringen.»

Wenn die USA wissen, dass diese Streumunition die Situation an der Front in der Ukraine nicht ändern wird, warum wird sie dann trotzdem geliefert? Wie Präsident Joe Biden selbst zugeben musste, geht der Ukraine «die Munition aus, und wir selbst haben nur noch wenig davon». Die USA könnten somit ihre alten Bestände an Streumunition loswerden wollen. Sie werden nicht, wie Biden behauptete, ‹das Rollen dieser Panzer verhindern›. Sie werden auch nicht – wie die Biden-Regierung behauptete – ‹das Leben von Zivilisten retten›. Mit ziemlicher Sicherheit werden sie umgehend und in den kommenden Jahren dazu verwendet werden, weitere Zivilisten im Donbass zu töten, zu verstümmeln und zu terrorisieren.

Der pensionierte US-Oberst Douglas Macgregor hat betont, dass Streumunition eine hohe Quote von Blindgängern aufweist. Laut Ritter explodieren fast 40 Prozent der Submunition nicht. Macgregor betonte zudem, dass Kinder «von diesen leuchtend glänzenden Objekten angezogen werden, die wie Baseballs aussehen», so heimtückisch sei ihr Design.

Der nationale Sicherheitsberater der USA Jake Sullivan versicherte, dass Kiew die Streumunition nicht missbrauchen wird. Er behauptete, dass «die Ukraine sich nach dem Konflikt um die Räumung der nicht explodierten Submunition bemühen wird, um potenzielle Schäden unter der Zivilbevölkerung zu begrenzen», und dass «die Ukraine schriftlich zugesichert hat, dass sie diese Waffe auf eine sehr sorgfältige Art und Weise einsetzen wird, die darauf abzielt, jede potenzielle Gefahr für die Zivilbevölkerung zu minimieren». Die USA haben das Übereinkommen über Streumunition – das den Einsatz, die Herstellung, die Weitergabe und die Lagerung von Streumunition verbietet – nie unterzeichnet, hatten aber kein Problem damit, ihre

Abscheu zum Ausdruck zu bringen, als sie Vorwürfe gegen Russland erhoben - das ebenfalls kein Unter-

zeichner dieses Übereinkommens ist –, Streumunition eingesetzt zu haben, und dies als mögliches «Kriegsverbrechen» bezeichneten.

Wie üblich ist etwas ein abscheuliches Kriegsverbrechen, wenn ein Feind der USA es angeblich tut, nicht aber, wenn ein Verbündeter – oder die USA selbst – es tatsächlich tut. Was die laschen Versprechen der Ukraine betrifft, diese Streumunition nicht gegen Zivilisten einzusetzen, so tut sie dies bereits seit 2014.

Die Chronologie der Angriffe mit Streumunition auf Zivilisten in der Ukraine

Ich besuchte Ende März 2022 den Ort eines ukrainischen Raketenangriffs, bei dem 22 Zivilisten getötet und 33 weitere verletzt wurden. Da die von der Ukraine abgefeuerte Totschka-U-Rakete abgefangen werden konnte, explodierten nicht alle der darin enthaltenen 50 Kassetten mit Submunition auf den Strassen der Stadt. Sonst wäre das Blutbad noch viel horrender gewesen. Im April 2022, griffen ukrainische Streitkräfte einen Bahnhof in Kramatorsk an und feuerten ebenfalls eine Totschka-U mit Streumunition ab, wobei Berichten zufolge 50 Menschen getötet wurden. Westliche Medien beschuldigten erwartungsgemäss Russland dieses Kriegsverbrechens, obwohl Untersuchungen ergaben, dass die Rakete aus einem von der Ukraine kontrollierten Gebiet im Südwesten abgefeuert wurde.

Aber wie die meisten Kriegsverbrechen Kiews gegen Zivilisten im Donbass, begann der Einsatz von Streumunition nicht im Jahr 2022. Bereits 2014 hatte Human Rights Watch (HRW) über den Einsatz von Streumunition durch ukrainische Regierungstruppen in besiedelten Gebieten der Stadt Donezk berichtet. Bei einem Angriff auf das Zentrum von Donezk am 2. Oktober 2014, bei dem ebenfalls Streumunition eingesetzt worden war, war ein Mitarbeiter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) ums Leben gekommen

Die (New York Times) berichtete ebenfalls, dass «die ukrainische Armee im Oktober 2014, bei mehreren Gelegenheiten offenbar Streumunition ins Herz von Donezk abgefeuert hat und damit in eine von Rebellen gehaltenen Stadt, mit einer Bevölkerung von mehr als einer Million». Unter Berufung auf physische Beweise und Interviews mit Zeugen und Opfern schrieb die Zeitung, es gebe «klare Anzeichen dafür, dass die Streumunition aus der Richtung des von der ukrainischen Armee kontrollierten Territoriums abgefeuert wurde». Aber das ist nicht die einzige Streumunition, die von den ukrainischen Streitkräften auf Zivilisten im Donbass abgefeuert wurde. Tatsächlich habe ich im Laufe des vergangenen Jahres über ukrainische Raketen berichtet, die Kassetten mit international verbotenen PFM-1-‹Blütenblatt›-Minen enthielten, insgesamt über 300 Minen pro Rakete. Aufgrund ihrer Konstruktion gleiten sie im Allgemeinen ohne zu explodieren zu Boden, bis jemand oder etwas auf sie tritt.

Nach Angaben der Behörden der Volksrepublik Donezk (DVR) begann die Ukraine am 6. März 2022, während der Kämpfe um Mariupol und ab dem 18. Mai 2022, mit dem Abfeuern dieser winzigen Minen auf die Siedlungen der DVR und das Gebiet Charkow. Seit ich Ende Juli 2022 erstmals die Folgen des Einsatzes dieser Minen im Zentrum von Donezk dokumentiert habe, führte ich Interviews mit Opfern und berichtete über die mühsame Arbeit russischer Pioniere bei der Lokalisierung und Zerstörung dieser Minen. Bis zum 25. Juli des laufenden Jahres wurden 124 Zivilisten durch diese Minen verletzt, darunter zehn Kinder. Drei Zivilisten starben an den Folgen ihrer Verletzungen.

Westliche Waffen zur Tötung von Zivilisten im Donbass

Es sollte erwähnt werden, dass die Ukraine im Lauf ihres inzwischen neunjährigen Krieges gegen den Donbass konventionelle NATO-Munition eingesetzt hat, um Zivilisten abzuschlachten und zu verstümmeln. Die hochexplosiven Granaten, die von der ukrainischen Seite in Städte und Ortschaften im Donbass, aber auch unzählige Male ins Herz von Donezk abgefeuert werden, zerreissen Menschen und hinterlassen verstümmelte Körper und menschliche Überreste auf Strassen, Gehwegen und auf Marktplätzen.

Am 22. Juli beschossen ukrainische Streitkräfte russische Journalisten in der Region Saporoschje mit Streumunition, wobei einer getötet und drei weitere verletzt wurden. Diese vorsätzlichen Angriffe auf die Medien, auf die Häuser der Zivilbevölkerung, auf Krankenhäuser, die Infrastruktur und auf die Zivilbevölkerung selbst sollten ebenso lautstark verurteilt werden wie das Streuen von Blütenblatt-Minen und Streumunition durch die Ukraine im Allgemeinen. Aber die Ankündigung der USA, Streumunition in die Ukraine zu schicken, löste in den westlichen Ländern zwar zurückhaltende Kritik aus, es folgte jedoch keine ernsthafte Verurteilung.

Kanada ist eines der Länder, das zumindest einige Einwände gegen die Lieferung von Streumunition geäussert hat, wobei die Regierung in Ottawa angesichts der kanadischen Unterschrift auf dem Übereinkommen über Streumunition wahrscheinlich der Meinung war, dass sie einen formellen Protest einlegen sollte. Die kanadische Regierung erklärte, sie sei entschieden gegen den Einsatz von Streumunition und setze sich dafür ein, «den Auswirkungen von Streumunition auf Zivilisten – insbesondere auf Kinder – ein Ende zu setzen». Abgesehen von diesem höflichen Murren habe ich jedoch keine kanadische Verurteilung des wiederholten Einsatzes von Streumunition durch die Ukraine gegen die Zivilbevölkerung im Donbass vernommen. Aber der wirkliche Kriminelle ist die US-Regierung, die weiss, dass ihre Streumunition der Ukraine nicht wirklich helfen wird, das russische Militär in irgendeiner konkreten Weise zu bekämpfen, sondern dass die

Ukraine sie höchstwahrscheinlich stattdessen gegen Zivilisten im Donbass einsetzen wird. Aber anscheinend ist das für die Krokodilstränen weinenden US-Heuchler völlig in Ordnung.

Aus dem Englischen.

Eva Bartlett ist eine unabhängige kanadische Journalistin. Sie arbeitet in Konfliktgebieten vor Ort, besonders im Nahen Osten, wo sie vier Jahre lang in Syrien und Palästina lebte. Seit einem Jahr arbeitet sie im Donbass. Quelle: https://freeassange.rtde.me/international/177734-streumunition-aus-den-usa-wird-zivilisten-im-donbass-nochmehr-leid-und-tod-bringen/

Bereitet Biden den Weg für den Ausstieg aus dem Ukraine-Krieg vor?

13 Aug. 2023 14:01 Uhr

Für Biden wäre es sehr sinnvoll, jetzt Gespräche aufzunehmen. Es gibt zwei wichtige Punkte, die hervorgehoben werden müssen, bevor wir die Vorstellung verwerfen, dass der US-Präsident tatsächlich eine Strategie zum Ausstieg aus dem Krieg sucht.

Von Martin Jay

Finden Hinterzimmergespräche zwischen dem Biden-Lager und dem Putin-Lager statt? Trotz zahlreicher Artikel in der US-Presse, die darauf hinweisen, lehnen einige russische Experten, die solche Angelegenheiten verfolgen, diese Idee entschieden ab. Kurz gesagt: Ihre Argumente sind, dass Wladimir Putin auf so vielen Ebenen in einer so starken Position ist, dass keine Möglichkeit besteht, dass er solche Überlegungen anstellt, und dass diese Berichte, so schwer fassbar und undurchsichtig sie auch sein mögen, nichts anderes als Wunschdenken derjenigen im Westen sind, die kein Endspiel in der Ukraine sehen.

Und doch gibt es einige, die vielleicht am Rande der Ereignisse agieren und darauf bestehen, dass solche Gespräche entweder im Gange sind oder kurz vor dem Beginn stehen. Edward Luttwak, ein Autor über globale Ereignisse und Berater vieler führender Politiker, wird von russischen Experten oft bestenfalls als ein bisschen exzentrisch abgetan. In einem kürzlich von ihm geführten Interview wurde zusammengefasst, dass solche Gespräche unmittelbar bevorstehen, sofern sie nicht bereits begonnen haben. Darüber hinaus argumentiert Luttwak, dass er wisse, wer daran teilnehme – der CIA-Direktor selbst und sein Gegenüber in Moskau.

Die russischen Experten, die ihn nicht ernst nehmen, argumentieren, dass Luttwak von der Idee eines bevorstehenden Krieges zwischen China und dem Westen besessen ist und dass Joe Biden sich vor einer Konfrontation mit China fürchtet. Deshalb möchte er so schnell wie möglich aus der Ukraine raus, um die USA darauf vorzubereiten. Der Experte für Geopolitik, der in seiner Karriere weit über 20 Bücher geschrieben hat, glaubt, dass ein Krieg mit China unvermeidlich ist. Er glaubt aber auch – was vielleicht ziemlich weit hergeholt ist –, dass der Westen keine eigenen Truppen entsenden wird, sondern sich als Kanonenfutter für einen Partner entscheiden werde: Russland.

Ja, das klingt ziemlich verrückt, und manche halten vielleicht inne, um sich zu besinnen, nachdem sie vor Lachen umgefallen sind. Aber Luttwak, der in Japan als China-Experte gilt, könnte in erster Linie vielleicht Recht haben, da er darüber hinaus keine Zweifel daran hat, dass die Regierung Biden den in letzter Zeit bedrohlicheren und kriegerischeren Ton in den Reden Xi Jinpings bemerkt hat. Wenn Biden die Bedrohung durch China wirklich ernst nimmt, würde dies sicherlich die Vorstellung erklären, dass er aus der Ukraine raus will

Wir sollten sehr skeptisch gegenüber den lächerlichen Narrativen sein, die von Biden und seinem Zirkus von Schwachköpfen wie John Kirby oder Jake Sullivan angeboten werden, die das Mantra (Putin hat den Krieg in der Ukraine verloren) unablässig herunterbeten.

In Wirklichkeit wissen sie alle, dass es sich um eine Farce handelt, die nicht nur der US-Öffentlichkeit, sondern auch Putin selbst ein schlechtes Gewissen machen soll. Die Botschaft an Putin lautet: «Auch wenn es für uns in der Ukraine nicht gut läuft, so gewinnen wir dennoch den Medienkrieg, Kumpel.»

Aber stimmt das überhaupt?

Journalisten haben in den vergangenen zwei Wochen damit begonnen, langsam einige Realitäten zu akzeptieren, etwa dass der Krieg in der Ukraine für den Westen überhaupt nicht funktioniert. In jüngsten Artikeln im «Wall Street Journal» und in der «New York Times» wurde dies zugegeben, was zumindest einen Meilenstein darstellt. Schlimmer noch: Als letzte Strategie wurde zudem der Rückgriff auf die Reservesoldaten der Ukraine vorgeschlagen.

Vor diesem Hintergrund wäre es für Biden sehr sinnvoll, jetzt Gespräche aufzunehmen. Es gibt zwei wichtige Punkte, die hervorgehoben werden müssen, bevor wir die Vorstellung verwerfen, dass der US-Präsident tatsächlich eine Strategie zum Ausstieg aus dem Krieg sucht. Erstens ist es denkbar, dass den Ukrainern einfach die Munition ausgegangen ist und dass die Granden im Pentagon und bei der NATO wussten, dass es passieren würde und wann. Biden wusste den genauen Monat, in dem dies geschehen werde, ergriff je-

doch keine Massnahmen, um weltweit Ausrüstung zu beschaffen und das Loch zu stopfen, sondern zog es vor, den Krieg einfach zu einem abrupten Ende kommen zu lassen. Warum?

Auch über seine Weigerung, der Ukraine eine NATO-Mitgliedschaft zu gestatten, wurde viel geschrieben und diese auf eine Reihe von Gründen zurückgeführt, von denen keiner besonders überzeugend war. Könnte die wirkliche Antwort sein, dass er die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine als Verhandlungsgrundlage behalten möchte? Und dass er zugelassen hat, dass der ukrainischen Armee die Munition ausgeht, weil dies beiden Seiten die perfekte Atempause für die Aufnahme von Verhandlungen verschaffen würde? Wenn die China-Theorie von Luttwak richtig ist, ergibt vieles Sinn.

Doch tatsächlich stellt sich die China-Krise, wie wir sie kennen – der Konflikt – tatsächlich in einer anderen Form dar, während wir Zeugen der Normalisierung der Berichterstattung über den Laptop von Hunter Biden werden. Befürchtet Biden, dass im Laufe der Ermittlungen noch mehr Dreck über seine schmutzigen Geschäfte in der Ukraine ausgegraben wird? Sind die fünf Millionen Dollar Bestechungsgelder, die in einem FBI-Bericht detailliert geschildert werden, in dem auch die These unterstützt wird, dass diese zumindest Thema in Gesprächen zwischen einem ukrainischen Oligarchen und den Bidens war, nur die Spitze des Eisbergs? Wird ein neues Ablenkungsmanöver für die Medien benötigt – was in der Regel einen Krieg irgendwo bedeutet? Warum nicht mit China?

Dieser Text erschien in englischer Sprache bei der Strategic Culture Foundation.

Martin Jay ist ein preisgekrönter britischer Journalist mit Wohnsitz in Marokko, wo er als Korrespondent für die britische Daily Mail (UK) arbeitet. Zuvor berichtete er von dort aus für CNN und Euronews über den Arabischen Frühling.

Quelle: https://freeassange.rtde.me/international/177721-bereitet-biden-den-weg-fuer-einen-ausstieg-aus-dem-ukraine-krieg-vor/

PROFIT IST GEIL! Strack-Zimmermann und der Marschflugkörper

Autor: Uli Gellermann, Datum: 11.8.2023

Die Rüstungshyäne Strack-Zimmermann ist für den totalen Körpereinsatz; den Einsatz des Marschflugkörpers (Taurus). Sie erklärte jüngst: Die Ukraine «muss auch mit unserer Unterstützung in die Lage versetzt werden, gegen militärische Ziele – auch auf russischem Boden vorzugehen.» Auch der CDU-Einpeitscher Roderich Kiesewetter ist für den grenzenlosen Krieg. Er weiss, notwendig seien die Marschflugkörper etwa für ein Abschneiden der russischen Versorgungslinien von der russisch besetzten Halbinsel Krim. «Das kann Taurus viel besser als alles andere.» Kein Wort von der Begrenzung des Aktionsradius der Todesrakete. Man betreibt Augenwischerei, um die Deutschen über den Kriegs-Tisch zu ziehen.

Mehrheit der Deutschen lehnt Taurus ab

Denn die Mehrheit der Deutschen lehnt eine Lieferung von deutschen Marschflugkörpern an die Ukraine ab. Nur 28 Prozent der Bürger sind in der Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag von RTL und ntv der Meinung, dass Deutschland den Bitten aus Kiew nachgeben sollte. Aber so ein ⟨Taurus⟩ ist ein fetter Happen für die Rüstungsindustrie. Das mörderische Ding kostet mindestens 950'000 € pro Stück. Da müssen die korrupten Lobbyisten in der Politik unbedingt drängeln. Und wenn die Russen meinen, dass der Einschlag eines ⟨Taurus⟩ auf der Krim ein echter Grund sei, das idyllische Schrobenhausen in Bayern zu zerbomben, weil dort der Marschflugkörper gebaut wird, dann lachen die Hyänen: Denn das wäre dann der nächste Schritt in den Krieg, und der verspricht noch mehr Umsatz.

Die Toten sparen Geld

Doch bevor die Toten gezählt und die Verstümmelten fotografiert werden könnten, darf ein Gedanke über Geld gedacht werden. Nach den Erhebungen waren 2021 15,8% der deutschen Bevölkerung von Armut betroffen, besonders alleinlebende und alleinerziehende Menschen. Noch ärmer ist man in der Ukraine: Der offiziellen Statistik zufolge leben bis zu 80 Prozent der Bevölkerung in der Ukraine mit Einkommen unterhalb des Lebensminimums. Jetzt könnte der Gedanke aufkommen, dass 950'000 € für das Stück Todesschuss besser zur Armutsbekämpfung eingesetzt wäre. Aber die Lobbyisten in Deutschland denken anders. Sowohl weil sie den Profit der Rüstungsindustrie einfach nur geil finden, aber auch, weil in so einem prima Krieg jede Menge Hungerleider sterben. Die muss man dann nicht mehr versorgen. Das ist fraglos eine WinWin-Situation: Die Looser sparen dem Staat Geld, und das kann dann ohne Umstände in die Rüstung gesteckt werden.

Mehr Waffen - mehr Frieden

Eine Bundestagsabgeordnete wie Agnieszka Brugger von den GRÜNEN bekommt im Monat 10'500 Euro. Sie hat dem SPIEGEL versichert, der Aktionsradius des (Taurus) dürfe nicht gegen die Lieferung an die

Ukraine sprechen. Sie ist auch Mitglied der Kommission (Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr) am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Wie der Titel schon belegt, wird dort behauptet, dass die Bundeswehr für die europäische Sicherheit nützlich sei. Klar, und die NATO besteht nur aus Friedensengeln. Wer so denkt, der behauptet auch, dass mehr Waffen mehr Frieden erzeugen.

Quelle: https://www.rationalgalerie.de/home/profit-ist-geil

Fauci hat gelogen; mehr als 120'000 Kinder sind gestorben: Geheimbericht bestätigt, dass Hunderttausende Kinder in den USA nach der COVID-Impfung (plötzlich gestorben) sind

T.H.G., August 11, 2023





Im Jahr 2021 stand Dr. Anthony Fauci immer wieder auf dem Podium, geblendet vom grellen Licht der Kameras, als er sich der Nation stellte. Mit ruhiger Hand hielt er ein Fläschchen mit dem Pfizer-Impfstoff Covid-19 hoch und versprach, dass dies der Schlüssel zum Schutz Amerikas und seiner Kinder vor der «tödlichen» Covid-19-Krankheit sei, die angeblich das Land heimsucht.

Doch was die Öffentlichkeit nicht wusste: Die Wahrheit über die Sicherheit des Covid-Impfstoffs war tief in Faucis eigenen Lügen und Täuschungen sowie in vertraulichen Dokumenten der US-Regierung und von Pfizer verborgen.

Fauci benutzte Propaganda, Lügen und Manipulation, um Eltern zu zwingen, ihre Kinder impfen zu lassen. Doch das Gewicht der verlorenen Menschenleben hat ihn und die Nation schnell eingeholt, denn ein geheimer Bericht der Centers for Disease Control (CDC) hat enthüllt, dass innerhalb eines Jahres nach seiner schicksalhaften Ankündigung fast eine halbe Million Kinder und junge Erwachsene gestorben sind, wobei über 118'000 dieser Todesfälle vermutlich auf die gefährlichen Nebenwirkungen des Covid-19-Impfstoffs zurückzuführen sind.

Der CDC-Bericht sollte weitverbreitete Empörung auslösen und auf der Titelseite jeder grossen Zeitung stehen. Doch stattdessen wurde und wird er mit ohrenbetäubendem Schweigen quittiert. Trotz der erschütternden Zahl der Todesfälle wird der Bericht begraben und unter den Teppich gekehrt.

Die Mainstream-Medien, die Überstunden machen, um die Öffentlichkeit mit Propaganda über den Krieg in der Ukraine, den angeblichen Klimawandel und die Lebenshaltungskostenkrise abzulenken, haben den verheerenden Folgen von Dr. Anthony Faucis Täuschung keine Beachtung geschenkt und werden dies auch weiterhin nicht tun.

Die Öffentlichkeit wird weiterhin im Dunkeln gelassen, und die US-Regierung wird schnell handeln, um ihre eigene Beteiligung an der Tragödie zu vertuschen. Dr. Fauci wird im August 2022 still und leise seinen Ruhestand ankündigen.

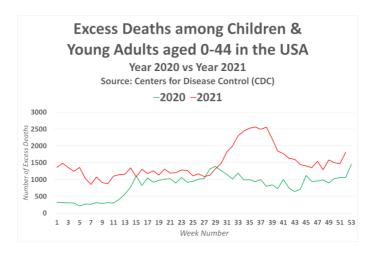
Alles geht seinen gewohnten Gang und ist einfach nur ein weiterer Tag im Büro. Aber es ist auch ein schokkierendes Versagen im Hinblick auf Transparenz und Rechenschaftspflicht, und die Menschen in den Vereinigten Staaten sollten für immer von den Menschenleben gezeichnet sein, die durch den Covid-19-Impfstoffskandal verloren gingen.



Im Vergleich zu anderen Ländern hat die US-Regierung kaum relevante und aktuelle Daten veröffentlicht, die es uns ermöglichen, die Folgen der Covid-19-Injektionen zu analysieren. Dank einer Institution namens Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OEC) sind wir jedoch endlich auf diese Daten gestossen.

Die OEC ist eine zwischenstaatliche Organisation mit 38 Mitgliedsländern, die 1961 gegründet wurde, um den wirtschaftlichen Fortschritt und den Welthandel zu fördern. Und aus irgendeinem Grund beherbergt sie eine Fülle von Daten über Sterbefälle. Sie können diese Daten hier selbst abrufen.

Das folgende Schaubild wurde anhand der in der OEC-Datenbank enthaltenen Zahlen erstellt. Die Zahlen wurden der OEC von den U.S. Centers for Disease Control (CDC) zur Verfügung gestellt. Sie zeigt die überzähligen Todesfälle bei Kindern und jungen Erwachsenen im Alter von 0-44 Jahren in den USA nach Wochen in den Jahren 2020 und 2021.



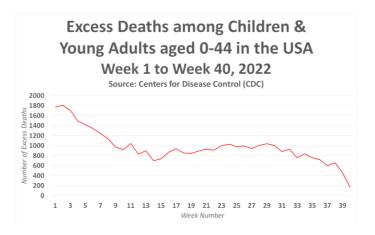
Daten-Quelle:

Aus den offiziellen Zahlen geht hervor, dass es einen leichten Anstieg der überzähligen Todesfälle bei Kindern und jungen Erwachsenen gab, als die angebliche Covid-19-Pandemie Anfang 2020 in den USA ausbrach.

Mit der Einführung einer Covid-19-Injektion hätte man jedoch erwartet, dass die Todesfälle in dieser Altersgruppe im Jahr 2021 deutlich zurückgehen würden. Doch das Gegenteil war der Fall.

Die überzähligen Todesfälle bei Kindern und jungen Erwachsenen waren 2021 in jeder einzelnen Woche deutlich höher als 2020, mit Ausnahme der Wochen 29 und 30. In der 31. Woche geschah dann aber etwas Drastisches, das die Zahl der überzähligen Todesfälle bei Kindern und jungen Erwachsenen deutlich ansteigen liess.

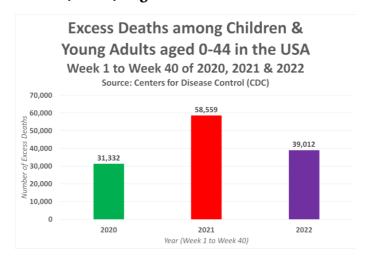
Und die offiziellen Zahlen der CDC zeigen leider, dass sich dieser Trend im Jahr 2022 fortgesetzt hat.



Daten-Quelle

Die jüngsten von der CDC veröffentlichten Daten beziehen sich auf die Woche 40, die am 9. Oktober endete, und es ist zu beachten, dass sich die Daten der letzten Wochen noch ändern können. Wie Sie jedoch aus der obigen Tabelle ersehen können, war auch das Jahr 2022 ein bedeutendes Jahr für überzählige Todesfälle bei Kindern und jungen Erwachsenen.

Zum Vergleich sehen Sie hier, wie die Zahlen für 2022 bisher im Vergleich zu den Zahlen bis Woche 40 in den Jahren 2020 und 2021 aussehen.

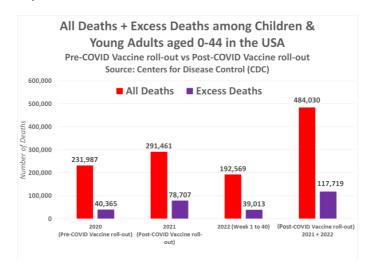


Daten-Quelle

Die CDC hat bestätigt, dass es im Jahr 2022 bisher 7680 mehr überzählige Todesfälle bei Kindern und jungen Erwachsenen gegeben hat als im gleichen Zeitraum des Jahres 2020 auf dem Höhepunkt der angeblichen Covid-19-Pandemie.

Das Jahr 2021 war jedoch mit 27'227 Todesfällen bis zur 40. Woche nach der Einführung der Covid-19-Injektion bei weitem das schlimmste Jahr im Vergleich zum Jahr 2020 auf dem Höhepunkt der angeblichen Covid-19-Pandemie.

Die folgende Tabelle zeigt die offiziellen CDC-Zahlen für alle Todesfälle und überzähligen Todesfälle bei Kindern und jungen Erwachsenen in den USA vor der Einführung des Covid-19-Impfstoffs und nach der Einführung des Covid-19-Impfstoffs am 14. Dezember 2020.



Daten-Quelle

Aus obigen Zahlen geht hervor, dass es im Jahr 2022 bis zur 40. Woche nur 1352 weniger Todesfälle bei den 0–44-Jährigen gab als in der 51. Woche des Jahres 2022, obwohl das Jahr 2020 der angebliche Höhepunkt der COVID-Pandemie war und auch 11 zusätzliche Wochen mit Todesfällen einschloss.

Die besorgniserregendsten Zahlen, die aus dem obigen Diagramm hervorgehen, sind jedoch die Gesamtzahl der Todesfälle und der überzähligen Todesfälle bei Kindern und jungen Erwachsenen seit der Einführung der Covid-19-Injektionen.

Fast eine halbe Million Menschen im Alter von 0 bis 44 Jahren sind leider seit der 51. Woche des Jahres 2020 gestorben, was zu einer erstaunlichen Zahl von 117'719 zusätzlichen Todesfällen im Vergleich zum Fünfjahresdurchschnitt 2015–2019 geführt hat.

Die durchschnittliche Lebenserwartung in den USA lag im Jahr 2020 bei 77,28 Jahren. Wenn wir dem offiziellen Narrativ Glauben schenken, dass Covid-19 eine tödliche Krankheit ist, dann könnten wir vielleicht zustimmen, dass 231'987 Kinder und junge Erwachsene bis zum Alter von 44 Jahren, die im Jahr 2020 sterben, was zu 40'365 zusätzlichen Todesfällen führt, eine bedauerliche Folge dieser Krankheit ist.

Aber wenn wir der offiziellen Darstellung Glauben schenken, dass Covid-19-Injektionen sicher und wirksam sind, wie lässt sich dann der weitere Anstieg der Todesfälle bei Kindern und jungen Erwachsenen in den Jahren 2021 und 2022 erklären?

Weil wir wissen, dass Millionen von Amerikanern gezwungen wurden, sich die Injektionen geben zu lassen, und wir wissen, dass Millionen von Eltern gezwungen wurden, auch ihre Kinder zu denselben Injektionen

zu zwingen. Die Antwort liegt in der Tatsache, dass das offizielle Narrativ eine glatte Lüge ist. Die Covid-19-Impfstoffe sind beides nicht.

Die von der CDC zur Verfügung gestellten Daten, die unglaublich schwer zu finden sind, geben uns nur Hinweise darauf, dass dies bei so vielen Todesfällen unter jungen Amerikanern der Fall ist. Weitere von der britischen Regierung veröffentlichte Daten bestätigen dies jedoch.

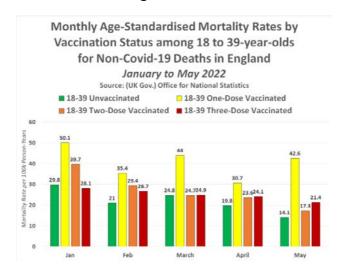
Einer der Beweise, die dies bestätigen, ist ein Bericht, der am 6. Juli 2022 vom britischen Office for National Statistics, einer Behörde der britischen Regierung, veröffentlicht wurde.

Der Bericht trägt den Titel (Deaths by Vaccination Status, England, 1 January 2021 to 31 May 2022) (Todesfälle nach Impfstatus, England, 1. Januar 2021 bis 31. Mai 2022) und kann auf der ONS-Website hier aufgerufen und hier heruntergeladen werden.



Quelle

Aus der Tabelle 2 des Berichts enthält die monatlichen altersstandardisierten Sterblichkeitsraten nach Impfstatus und Altersgruppe für Todesfälle pro 100'000 Personenjahre in England bis Mai 2022. Wir haben die vom ONS für Januar bis Mai 2022 bereitgestellten Zahlen genommen und das folgende Diagramm erstellt, das die schrecklichen Folgen der Massenimpfkampagne gegen Covid-19 aufzeigt. Die Grafik zeigt die monatlichen altersstandardisierten Sterblichkeitsraten nach Impfstatus bei den 18- bis 39-Jährigen für Nicht-Covid-19-Todesfälle in England zwischen Januar und Mai 2022 –



Ouelle

In jedem einzelnen Monat seit Anfang 2022 war die Sterblichkeitsrate bei teilgeimpften und doppelt geimpften 18- bis 39-Jährigen höher als bei ungeimpften 18- bis 39-Jährigen. Bei den dreifach geimpften 18- bis 39-Jährigen hat sich die Sterblichkeitsrate nach der massiven Booster-Kampagne, die im Dezember 2021 im Vereinigten Königreich stattfand, jedoch von Monat zu Monat verschlechtert.

Im Januar hatten dreifach geimpfte 18- bis 39-Jährige ein geringfügig niedrigeres Sterberisiko als ungeimpfte 18- bis 39-Jährige, mit einer Sterblichkeitsrate von 29,8 pro 100'000 bei den Ungeimpften und 28,1 pro 100'000 bei den dreifach Geimpften.

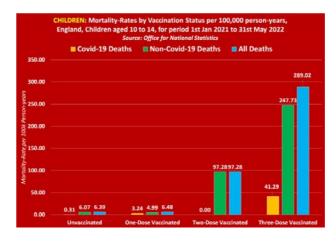
Dies änderte sich jedoch ab Februar. Im Februar hatten die dreifach geimpften 18- bis 39-Jährigen ein um 27% höheres Sterberisiko als die ungeimpften 18- bis 39-Jährigen, mit einer Sterblichkeitsrate von 26,7 pro 100'000 bei den dreifach Geimpften und 21 pro 100 000'bei den Ungeimpften.

Leider hat sich die Lage für die Dreifachgeimpften bis Mai 2022 noch verschlechtert. Die Daten zeigen, dass dreifach geimpfte 18- bis 39-Jährige im Mai ein 52% höheres Sterberisiko haben als ungeimpfte 18- bis 39-Jährige, mit einer Sterblichkeitsrate von 21,4 pro 100k bei den dreifach Geimpften und 14,1 bei den Ungeimpften.

Am schlimmsten ist die Situation bei den Teilgeimpften: Im Mai war die Sterblichkeitsrate bei den teilweise geimpften 18- bis 39-Jährigen 202% höher als bei den ungeimpften 18- bis 39-Jährigen.

Derselbe Bericht enthüllt auch die Sterblichkeitsraten für Kinder, obwohl die britische Regierung versucht hat, diese zu verbergen.

Das folgende Diagramm zeigt die Sterblichkeitsraten nach Impfstatus pro 100'000 Personenjahre bei Kindern im Alter von 10 bis 14 Jahren in England für den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Mai 2022, gemäss den vom ONS bereitgestellten Zahlen.



Ouelle

Was die Covid-19-Todesfälle betrifft, so zeigt das ONS, dass die Sterblichkeitsrate bei ungeimpften Kindern im Alter von 10 bis 14 Jahren 0,31 beträgt. Bei Kindern, die mit einer Dosis geimpft wurden, liegt die Sterblichkeitsrate bei 3,24 pro 100'000 Personenjahre, und bei dreifach geimpften Kindern beträgt die Sterblichkeitsrate schockierende 41,29 pro 100'000 Personenjahre.

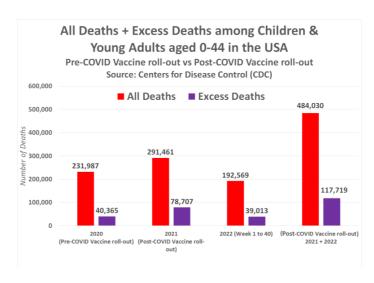
Leider gibt es kaum Verbesserungen bei den Todesfällen, die nicht auf Covid-19 zurückzuführen sind. Die Gesamtsterblichkeitsrate liegt bei ungeimpften Kindern bei 6,39 pro 100'000 Personenjahre und bei teilweise geimpften Kindern mit 6,48 nur geringfügig höher.

Allerdings verschlechtert sich die Rate nach jeder Injektion weiter. Bei doppelt geimpften Kindern liegt die Gesamtsterblichkeitsrate bei 97,28 und bei dreifach geimpften Kindern bei schockierenden 289,02 pro 100'000 Personenjahren.

Das bedeutet, dass nach den offiziellen Daten der britischen Regierung doppelt geimpfte Kinder ein 1422% / 15,22-fach höheres Risiko haben, an irgendeiner Ursache zu sterben als ungeimpfte Kinder. Bei dreifach geimpften Kindern ist die Wahrscheinlichkeit, an einer Krankheit zu sterben, um das 45,23-fache höher als bei ungeimpften Kindern.

Die vom Office for National Statistics vorgelegten Zahlen sind sowohl altersstandardisiert als auch auf 100'000 Einwohner bezogen. Sie sind daher ein eindeutiger Beweis dafür, dass die Covid-19-Injektionen das Sterberisiko erhöhen. Das bedeutet, dass die Covid-19-Injektionen Menschen getötet haben und weiterhin töten.

Aus diesem Grund sollte es nicht überraschen, dass ein geheimer CDC-Bericht bestätigt, dass eine halbe Million amerikanischer Kinder und junger Erwachsener nach der Einführung des COVID-Impfstoffs gestorben sind, was zu fast 118.00 zusätzlichen Todesfällen im Vergleich zum Fünf-Jahres-Durchschnitt 2015-2019 führt.



Daten-Quelle

Wenn es in der realen Welt ein Happy End gäbe, dann würde dieser Albtraum damit enden, dass Dr. Anthony Fauci allein in seiner Gefängniszelle sitzt und das Gewicht seiner Taten schwer auf seinem Kopf lastet. Er kann nichts anderes tun, als an die unschuldigen Leben zu denken, die er durch seinen Betrug verloren hat.

Er wurde als Held, ja sogar als Retter gefeiert, aber er ist nichts weiter als ein Monster, das die Sicherheit und das Leben von Amerikas Kindern seinem eigenen Ehrgeiz und seiner Habgier geopfert hat.

Vielleicht dachte er sogar, er täte das Richtige. Wenn man eine Lüge oft genug wiederholt, kann es sein, dass man sie irgendwann glaubt. Aber am Ende hatte sein Handeln schreckliche Folgen für die Nation und mit der Zeit hoffentlich auch für seine eigene Seele.

QUELLE: FAUCI LIED; 120K+ CHILDREN DIED: SECRET CDC REPORT CONFIRMS HUNDREDS OF THOUSANDS OF YOUNGSTERS 'DIED SUDDENLY' IN THE USA FOLLOWING ROLL-OUT OF COVID-19 VACCINES

Quelle: https://uncutnews.ch/fauci-hat-gelogen-mehr-als-120-000-kinder-sind-gestorben-geheimbericht-bestaetigt-dass-hunderttausende-kinder-in-den-usa-nach-der-covid-19-impfstoffs-ploetzlich-gestorben-sind/

Ein Albtraum des Covid-Impfstoffs, den jeder hören sollte. Der nächste verkrüppelte, behinderte oder tote Mensch könnte Sie sein!

uncut-news.ch, August 11, 2023, Von Wayne Allyn Root



Pexels.com

In unserem Land spielt sich eine stille Tragödie epischen Ausmasses ab. Sie wird verschwiegen, weil die Medien sich weigern, die Zusammenhänge zu erkennen.

Haben Sie die Flut von Schlagzeilen über prominente Amerikaner bemerkt, die (plötzlich) gestorben sind oder in jungen Jahren einen Herzinfarkt, Schlaganfall oder ein Blutgerinnsel erlitten haben? Berühmte Persönlichkeiten, Sportler, Entertainer und Vorstandsvorsitzende sterben oder erleiden Herzinfarkte.

Trotzdem vernebeln die Medien die Vorfälle.

Es gibt immer tausend Entschuldigungen. Alles, nur nicht den Impfstoff Covid. Am Impfstoff kann es nie liegen.

Trotzdem ist es seltsam. Praktisch alle diese Toten, Krüppel, Behinderten oder Schwerkranken haben eines gemeinsam: Sie waren geimpft. Was für ein verrückter Zufall!

Demnächst schreibe ich eine Kolumne über 65 Freunde, Bekannte, Geschäftspartner ... Menschen, die ich kenne... die nach der Impfung gestorben oder schwer erkrankt sind. Die Zahlen häufen sich. Das sind keine Zufälle. Das ist ein Muster. Früher nannte man die Untersuchung eines solchen Musters (WISSENSCHAFT). Inzwischen habe ich eine sehr persönliche Geschichte, die jeder Amerikaner hören sollte. Vergangene Woche war ich mit einem meiner besten Freunde, nennen wir ihn Mike, zum Abendessen verabredet. Er erzählte mir die Geschichte seiner eigenen Schwester, die durch den Covidimpfstoff schwer verletzt und behindert wurde. Dann erzählte er mir, dass sie ein grosser Fan von mir sei und sich jeden Samstag meine Fernsehsendung Real Americas Voice anschaue. Er sagte, sie würde gerne mit mir sprechen und mir ihre Geschichte erzählen.

Gestern haben wir gesprochen. Hier ist ihre Geschichte.

Nennen wir sie Jane. Sie ist eine erfolgreiche Unternehmerin. Jane leitet eine medizinische Organisation, die Kindern hilft. Sie hat mir erzählt, wie gesund sie war, bevor sie geimpft wurde. Sie reiste geschäftlich um die Welt und schleppte überall ihr eigenes Gepäck. Sie fuhr jeden Tag 24 km mit dem Fahrrad. Sie nahm an einstündigen Spinning-Kursen teil. Sie ass gesund. Sie nahm keine Medikamente.

Während der Grippepandemie bekam Jane nie Grippe. Sie fuhr weiterhin mehrmals pro Woche 24 km mit dem Fahrrad. Jeden Tag ging sie ca. 5 km zu Fuss.

Dann drängte ihr Arzt sie, sich mit dem Covid-Impfstoff impfen zu lassen. Sie war besorgt und skeptisch, gab aber schliesslich nach. Sie liess sich von Pfizer impfen. Eine. Keine zweite Impfung. Keine Auffrischung. Nur eine

Mehr war nicht nötig, um ihr Leben zu ruinieren. Jane wird nie mehr dieselbe sein.

Innerhalb von vier Stunden verspürte sie extreme Nervenschmerzen. Schmerzen, wie sie sie noch nie in ihrem Leben gespürt hatte. Lähmende Schmerzen.

Dann kam das Herzrasen. Starke Muskelzuckungen. Schwere Muskelschwäche. Kurzatmigkeit. Schreckliche Müdigkeit. Gehirnnebel, so stark, dass sie sich nicht mehr konzentrieren und nicht einmal einfache Aufgaben erledigen konnte.

Dann kam verschwommenes Sehen. Lichtempfindlichkeit und Geräuschempfindlichkeit. Trockene Augen und trockener Mund. Schwindel. Ein so lautes Klingeln in den Ohren, dass sie nicht mehr denken konnte. Haarausfall in Büscheln. Starkes Sodbrennen. Kreislaufprobleme – ihre Füsse wurden lila. Sie konnte kaum noch gehen. Inneres Zittern, so stark, dass es sich anfühlte, als würde ein Handy in ihrem Körper vibrieren. Nachts hatte sie so starke Schmerzen, dass sie nicht schlafen konnte.

Jane litt auch unter Menstruationsbeschwerden, nachdem sie den Impfstoff erhalten hatte. Im Februar dieses Jahres hatte sie so starke Blutungen, dass sie ins Krankenhaus kam und notoperiert werden musste. Im März musste sie erneut ins Krankenhaus. Ihr Herz schlug so schnell, dass es sich anfühlte, als würde es explodieren. Innerhalb von Sekunden ist sie von 60 Schlägen pro Minute auf 165 hochgeschnellt. Ihre Herzerkrankung ist so ernst, dass sie befürchtet, jederzeit «plötzlich sterben» zu können.

Das ist Janes neue Normalität. Ihr ganzes Leben lang war sie kerngesund. Dann bekam sie den Impfstoff von Pfizer. Nach dieser einen Impfung änderte sich ihr Leben schlagartig. Jetzt fällt es ihr schwer, auf die Toilette zu gehen.

Aber das ist kein Zufall. Jane ist einer Facebook-Gruppe für Covid-Impfopfer beigetreten. Mittlerweile hat sie 5000 Mitglieder – alle mit ähnlichen Geschichten.

Vielleicht sind sie die Glücklichen. Meine Frau und ich essen jeden Freitagabend in unserem Lieblingsrestaurant. Der Geschäftsführer (nennen wir ihn John) kam jede Woche an unseren Tisch, um uns zu begrüssen. Er erzählte uns immer Geschichten von seiner Frau und seiner Tochter. Seine Familie war sein Leben. Wir unterhielten uns gerne mit John.

Vor drei Wochen gingen wir ins Restaurant. Der Geschäftsführer teilte uns mit, dass John gerade «plötzlich gestorben» sei. Er war nie krank in seinem Leben, 52 Jahre alt, und plötzlich brach er zusammen und starb vor den Augen seiner Frau an einem Herzinfarkt. Da jeder Mitarbeiter geimpft sein musste, um arbeiten zu dürfen, wissen wir, dass John geimpft war. Wir werden am kommenden Wochenende an seinem Gedenkgottesdienst teilnehmen.

Die Fakten liegen auf dem Tisch. Der interne Bericht der CDC zeigt, dass es seit der Impfung mehr als 117'000 Todesfälle unter amerikanischen Kindern gegeben hat. KINDER. Das sind mehr Kinder, die in zwei Jahren gestorben sind, als alle US-Soldaten, die in einem Jahrzehnt im Vietnamkrieg getötet wurden.

Lebensversicherungsgesellschaften melden seit 2021 (dem Jahr der Einführung des Covid-Impfstoffs) mehr Todesfälle unter Amerikanern im arbeitsfähigen Alter als jemals zuvor in der Geschichte. Was haben die Amerikaner im arbeitsfähigen Alter gemeinsam? Die Regierung Biden hat sie gezwungen, sich impfen zu lassen oder ihren Job zu verlieren.

Ed Dowd, ehemaliger Vermögensverwalter bei Blackrock, der beruflich Zahlen analysiert, sagt, dass die Zahl der Erwerbsunfähigen seit der Impfung um Millionen gestiegen ist. MILLIONEN. Das ist der Grund für den Arbeitskräftemangel.

Wir wissen, dass das passiert. Die nächsten Opfer könnten Sie sein, Ihr Ehepartner, Ihre Kinder. Jetzt nichts zu tun, so zu tun, als ob es nicht passiert, zu hoffen, dass es verschwindet, zu versuchen, es zu vertuschen, hat nichts mehr mit Ignoranz, Verblendung oder gar Gier zu tun.

An diesem Punkt nichts zu tun, sich zu weigern zu handeln, ist eine Kombination aus purem Bösen, Massenmord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

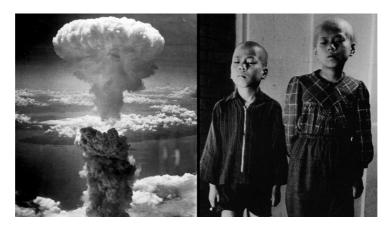
Wayne Allyn Root ist bekannt als der (konservative Krieger). Sehen Sie sich Waynes Fernsehsendungen an - (America's Top Ten Countdown) auf Real America's Voice TV Network jeden Samstag um 12 Uhr ET... und Waynes tägliche Fernsehsendung auf Lindell TV 2 um 19 Uhr ET auf FrankSpeech.com. Er ist auch Gastgeber der landesweit ausgestrahlten Sendung (Wayne Allyn Root: Raw & Unfiltered) auf USA Audio Network, täglich um 18 Uhr ET. Waynes neuestes Buch ist ein #1 Bestseller, (The Great Patriot BUY-cott Book). Sie können es hier bestellen

QUELLE: WAYNE ROOT: A COVID VACCINE NIGHTMARE STORY EVERYONE NEEDS TO HEAR. THE NEXT PERSON CRIPPLED, DISABLED, OR DEAD COULD BE YOU!

Quelle: https://uncutnews.ch/ein-albtraum-des-covid-impfstoffs-den-jeder-hoeren-sollte-der-naechste-verkrueppelte-behinderte-oder-tote-mensch-koennte-sie-sein/

US-Regierungsdokumente zeigen: Die Atombombenabwürfe auf Japan waren nicht notwendig, um den Zweiten Weltkrieg zu beenden.

T.H.G., August 10, 2023



US-Regierungsdokumente geben zu, dass die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki nicht notwendig waren, um den Zweiten Weltkrieg zu beenden. Japan war kurz davor, zu kapitulieren. Der Atomangriff war der erste Schlag im Kalten Krieg Washingtons gegen die Sowjetunion.

Von Ben Norton

Es ist üblich, dass westliche Regierungen und Medien dem Rest der Welt sagen, dass sie sich vor Nordkorea und seinen Atomwaffen fürchten sollen, oder dass sie die Möglichkeit fürchten, dass der Iran eines Tages Atomwaffen haben könnte. In Wirklichkeit gibt es jedoch nur ein einziges Land in der Geschichte der Menschheit, das Atomwaffen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt hat – und das nicht nur einmal, sondern zweimal – die Vereinigten Staaten.

Am 6. und 9. August 1945 warf das US-Militär Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Rund 200'000 Zivilisten wurden getötet.

Heute, fast 80 Jahre später, ist es immer noch üblich, von US-Regierungsvertretern, Journalisten und Pädagogen zu hören, dass Washington keine andere Wahl hatte, als Japan mit Atombomben zu bewerfen, um es zur Kapitulation zu zwingen und so den Zweiten Weltkrieg zu beenden. Viele argumentieren, dass diese schreckliche Greueltat in Wirklichkeit eine edle Tat war und dass sie noch mehr Menschenleben gerettet hat, die in den nachfolgenden Kämpfen verloren gegangen wären.

Diese Behauptung ist zwar weit verbreitet, aber völlig falsch.

In US-Regierungsdokumenten wird eingeräumt, dass Japan bereits 1945, also vor den Atomangriffen, kurz vor der Kapitulation stand. Die Atombombenangriffe waren nicht notwendig.



Das US-Kriegsministerium (das später in den 1940er Jahren in Verteidigungsministerium umbenannt wurde) führte eine Untersuchung durch, die als Strategic Bombing Survey bekannt wurde und die Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg analysierte.

In dem 1946 veröffentlichten Strategic Bombing Survey wurde sehr deutlich festgestellt:

... scheint es klar zu sein, dass die Lufthoheit über Japan auch ohne die Atombombenangriffe genügend Druck hätte ausüben können, um eine bedingungslose Kapitulation herbeizuführen und die Notwendigkeit einer Invasion zu vermeiden.

Auf der Grundlage einer detaillierten Untersuchung aller Fakten und gestützt auf die Aussagen der überlebenden japanischen Führer ist das Gutachten der Meinung, dass Japan mit Sicherheit vor dem 31.

Dezember 1945 und aller Wahrscheinlichkeit nach vor dem 1. November 1945 kapituliert hätte, selbst wenn die Atombomben nicht abgeworfen worden wären, selbst wenn Russland nicht in den Krieg eingetreten wäre und selbst wenn keine Invasion geplant oder in Betracht gezogen worden wäre.

Die nuklearen Angriffe auf Japan waren eine politische Entscheidung der Vereinigten Staaten, die sich direkt gegen die Sowjetunion richtete; es war der erste Akt des Kalten Krieges.

Im August 1945 bereitete sich die UdSSR darauf vor, in Japan einzumarschieren und das dort herrschende faschistische Regime zu stürzen, das mit Nazideutschland verbündet war – das die Rote Armee der Sowjetunion auf dem europäischen Kriegsschauplatz ebenfalls gerade besiegt hatte.

Washington befürchtete, dass, wenn die Sowjets den japanischen Faschismus besiegten und Tokio befreiten, wie sie es in Berlin getan hatten, die postfaschistische Regierung Japans ein Verbündeter der Sowjetunion werden und eine sozialistische Regierung übernehmen könnte. Die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki richteten sich daher weniger gegen die japanischen Faschisten als vielmehr gegen die sowjetischen Kommunisten.

Diese ausdrücklich politische Entscheidung, Atomwaffen gegen Japan einzusetzen, wurde in der Tat von mehreren hochrangigen US-Militärs abgelehnt.

Als einer der berühmtesten Generäle der US-Militärgeschichte leitete Dwight Eisenhower die Operationen auf dem europäischen Kriegsschauplatz und beaufsichtigte die anschliessende Besetzung des ehemaligen Nazideutschlands. Später wurde Eisenhower Präsident der Vereinigten Staaten, als Nachfolger von Harry Truman, der Japan mit Atomwaffen bombardiert hatte. Eisenhower ist weltweit für seine Führungsrolle im Kampf gegen den Faschismus in Europa bekannt. Wenig bekannt ist jedoch, dass er gegen die US-Atomangriffe auf Japan war.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Weissen Haus veröffentlichte Eisenhower 1963 seine Memoiren mit dem Titel (Mandate for Change). In diesem Buch erinnerte er sich an einen Streit, den er im Juli 1945 mit dem damaligen US-Kriegsminister Henry Stimson hatte. Stimson hatte ihm mitgeteilt, dass Washington einen Bombenangriff auf Japan plante. Eisenhower kritisierte diese Entscheidung und erklärte, er habe (grosse Bedenken) und sei überzeugt, «dass Japan bereits besiegt und ein Bombenabwurf völlig unnötig sei».

Eisenhower schrieb:

Der Vorfall ereignete sich im [Juli] 1945, als Kriegsminister Stimson, der mein Hauptquartier in Deutschland besuchte, mir mitteilte, dass unsere Regierung den Abwurf einer Atombombe auf Japan vorbereite. Ich gehörte zu denen, die der Meinung waren, dass es eine Reihe stichhaltiger Gründe gab, die Weisheit eines solchen Aktes in Frage zu stellen. ... Doch als der Minister mir die Nachricht von dem erfolgreichen Bombentest in New Mexico und dem Plan für den Einsatz der Bombe überbrachte, fragte er mich nach meiner Reaktion und erwartete offenbar eine energische Zustimmung.

Während er mir die relevanten Fakten vortrug, war ich mir eines Gefühls der Niedergeschlagenheit bewusst, und so äusserte ich ihm gegenüber meine schwerwiegenden Bedenken, erstens aufgrund meiner Überzeugung, dass Japan bereits besiegt und der Abwurf der Bombe völlig unnötig war, und zweitens, weil ich der Meinung war, dass unser Land es vermeiden sollte, die Weltöffentlichkeit durch den Einsatz einer Waffe zu schockieren, deren Verwendung meines Erachtens nicht mehr zwingend notwendig war, um amerikanische Leben zu retten. Ich war der Überzeugung, dass Japan in diesem Moment nach einer Möglichkeit suchte, sich mit einem minimalen (Gesichtsverlust) zu ergeben. Der Minister war über meine Haltung zutiefst beunruhigt und wies die Gründe für meine schnellen Schlussfolgerungen fast wütend zurück.

Bei diesen (völlig unnötigen) Nuklearangriffen auf Hiroshima und Nagasaki wurden etwa 200'000 Zivilisten getötet. Aber sie hatten ein politisches Ziel, das sich gegen die Sowjetunion richtete.

Die politischen Gründe für den Atombombenabwurf auf Japan wurden vom Office of History des US-Energieministeriums öffentlich anerkannt, das eine Website mit pädagogischen Informationen über das Manhattan-Projekt, die wissenschaftliche Initiative zur Entwicklung der Bombe, betreibt.

Auf der Website der US-Regierung wird eingeräumt, dass die Entscheidung der Truman-Regierung, Japan mit Atomwaffen zu bombardieren, politisch motiviert war, und geschrieben:

Nachdem Präsident Harry S. Truman die Nachricht vom Erfolg des Trinity-Tests erhalten hatte, war sein Bedarf an der Hilfe der Sowjetunion im Krieg gegen Japan stark gesunken. Der sowjetische Führer, Joseph Stalin, hatte versprochen, bis zum 15. August in den Krieg gegen Japan einzutreten. Truman und seine Berater waren sich nun nicht mehr sicher, ob sie diese Hilfe wollten. Wenn der Einsatz der Atombombe einen Sieg ohne Invasion ermöglichte, dann würde die Annahme der sowjetischen Hilfe sie nur in die Diskussionen über das Nachkriegsschicksal Japans hineinziehen.

. . .

Andere Historiker argumentieren, dass Japan auch ohne den Einsatz der Atombombe kapituliert hätte und dass Truman und seine Berater die Bombe in Wirklichkeit nur einsetzten, um die Sowjetunion einzuschüchtern.

Truman hoffte zu vermeiden, dass er die Verwaltung Japans mit der Sowjetunion (teilen) musste.

Auch Mainstream-Historiker haben diese Tatsache anerkannt.

Ward Wilson, ein Forscher des in London ansässigen Think Tanks British American Security Information Council, veröffentlichte 2013 in der Washingtoner Elitezeitschrift Foreign Policy einen Artikel mit dem Titel The Bomb Didn't Beat Japan. Stalin Did.

«Obwohl die Bomben ein sofortiges Ende des Krieges erzwangen, wollte die japanische Führung ohnehin kapitulieren und hätte dies wahrscheinlich vor der für den 1. November geplanten amerikanischen Invasion getan. Ihr Einsatz war daher unnötig», schrieb er.

Wilson erklärte:

Wenn es den Japanern nicht um die Bombardierung von Städten im Allgemeinen oder den Atombombenabwurf auf Hiroshima im Besonderen ging, worum ging es ihnen dann? Die Antwort ist einfach: die Sowjetunion.

. . .

Selbst die hartgesottensten Führer in Japans Regierung wussten, dass der Krieg nicht weitergehen konnte. Die Frage war nicht, ob man weitermachen sollte, sondern wie man den Krieg zu den bestmöglichen Bedingungen beenden konnte.

...

Eine Möglichkeit, zu beurteilen, ob die Kapitulation Japans durch die Bombardierung Hiroshimas oder durch den Einmarsch und die Kriegserklärung der Sowjetunion verursacht wurde, besteht darin, die Auswirkungen dieser beiden Ereignisse auf die strategische Situation zu vergleichen. Nach der Bombardierung Hiroshimas am 6. August waren beide Optionen noch offen. ... Die Bombardierung Hiroshimas schloss keine der beiden strategischen Optionen Japans aus.

Die Auswirkungen der sowjetischen Kriegserklärung und der Invasion der Mandschurei und der Insel Sachalin waren jedoch ganz anders. Nachdem die Sowjetunion den Krieg erklärt hatte, konnte Stalin nicht mehr als Vermittler auftreten – er war nun ein Kriegsteilnehmer. Die diplomatische Option wurde also durch den sowjetischen Schritt zunichte gemacht. Die Auswirkungen auf die militärische Situation waren ebenso dramatisch.

. . .

Als die Russen in die Mandschurei einmarschierten, zerschlugen sie die einstige Elitearmee, und viele russische Einheiten kamen erst zum Stehen, als ihnen das Benzin ausging.

. . .

Die sowjetische Invasion machte die militärische Strategie der Entscheidungsschlacht ebenso zunichte wie die diplomatische Strategie. Mit einem Schlag waren alle Optionen Japans verschwunden. Die sowjetische Invasion war strategisch entscheidend – sie schloss beide Optionen Japans aus –, während die Bombardierung von Hiroshima (die keine der beiden Optionen ausschloss) dies nicht war.

...

Das Ende des Krieges der Atombombe zuzuschreiben, diente Japans Interessen in mehrfacher Hinsicht. Aber es diente auch den Interessen der USA. Wenn die Bombe den Krieg gewonnen hätte, wäre die Wahrnehmung der militärischen Macht der USA gestärkt worden, und der diplomatische Einfluss der USA in Asien und in der ganzen Welt hätte zugenommen.

. . .

Wenn andererseits der sowjetische Kriegseintritt Japan zur Kapitulation veranlasste, konnten die Sowjets behaupten, sie hätten in vier Tagen geschafft, wozu die Vereinigten Staaten in vier Jahren nicht in der Lage waren, und die Wahrnehmung der sowjetischen Militärmacht und des sowjetischen diplomatischen Einflusses würde gestärkt werden. Und sobald der Kalte Krieg begonnen hatte, wäre die Behauptung, der sowjetische Einmarsch sei der entscheidende Faktor gewesen, gleichbedeutend damit gewesen, dem Feind Hilfe und Trost zu spenden.

Noch vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs begannen die Vereinigten Staaten einen Kalten Krieg gegen ihren angeblichen (Verbündeten), die Sowjetunion – und gegen die mögliche Ausbreitung des Sozialismus in der ganzen Welt. Die US-Spionagebehörden begannen sofort mit der Rekrutierung ehemaliger Faschisten und Nazi Kollaborateure und befreiten japanische Kriegsverbrecher der Klasse A aus dem Gefängnis, von denen einige später die Regierung in Tokio führten. Viele dieser Personen waren an der Gründung der rechtsgerichteten Liberaldemokratischen Partei (LDP) beteiligt, die Japan seit 1955 im Wesentlichen als Einparteienstaat regiert (mit Ausnahme von nur fünf Jahren Opposition). Ein Paradebeispiel dafür war Nobusuke Kishi, ein berüchtigter Kriegsverbrecher, der das Marionettenregime des japanischen Kaiserreichs in Mandschukuo leitete und in Zusammenarbeit mit den Nazis völkermörderische Greueltaten beging. Er wurde kurzzeitig inhaftiert, später jedoch von den US-Behörden begnadigt und stieg mit Unterstützung Washingtons in den 1950er Jahren zum japanischen Premierminister auf.

Kishis Familie, die mit dem Faschismus verbunden ist, übt noch immer einen grossen Einfluss auf die japanische Politik aus. Sein Enkel, Shinzo Abe, war der dienstälteste Premierminister in der Geschichte Japans. Auch heute noch ist es wichtig, die weit verbreiteten Mythen über diese Geschichte zu korrigieren, da sie einen tiefgreifenden Einfluss auf die Populärkultur haben.

Im Juli 2023 brachte Hollywood den Blockbuster (Oppenheimer) des preisgekrönten Regisseurs Christopher Nolan heraus. Der Film war ein grosser kommerzieller Erfolg, wurde aber auch wegen seiner politischen Inhalte kritisiert.

Der Film vermenschlichte den gleichnamigen Physiker J. Robert Oppenheimer, der das Labor des Manhattan-Projekts in Los Alamos leitete und zur Entwicklung der Atombombe beitrug.

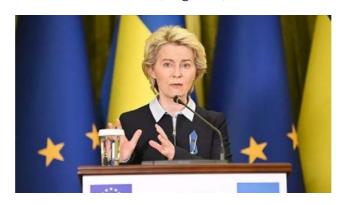
Später bereute Oppenheimer die Rolle, die er bei der Entwicklung der Waffe gespielt hatte, und setzte sich gegen die Verbreitung von Atomwaffen ein. Ironischerweise wurde Oppenheimer auch ein Opfer des McCarthyismus der US-Regierung und wurde wegen seiner Verbindungen zu linken Gruppen verfolgt.

Doch während der Film für die Darstellung von Oppenheimers komplexen inneren Kämpfen gefeiert wurde, warf man ihm vor, die Brutalität der US-Atombombenangriffe auf Hiroshima und Nagasaki zu beschönigen. Die 200'000 japanischen Zivilisten, die bei diesen völlig unnötigen Angriffen ihr Leben verloren, wurden in dem Film auf unheimliche Weise nicht erwähnt.

QUELLE: ATOMIC BOMBING OF JAPAN WAS NOT NECESSARY TO END WWII. US GOV'T DOCUMENTS ADMIT IT Quelle: https://uncutnews.ch/us-regierungsdokumente-zeigen-die-atombombenabwuerfe-auf-japan-waren-nicht-notwen-dig-um-den-zweiten-weltkrieg-zu-beenden/

Das Ukraine-Chaos: Mit Blackrock und anderen Schweinen in der Hauptrolle

uncut-news.ch, August 10, 2023



Kürzlich sagte die Chefin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, dass die Europäische Union ihre Hilfe für die Ukraine verdoppeln sollte. Sie sagte weiter, die EU solle bis Ende des Jahres einen Unterstützungsfonds von 50 Milliarden Euro einrichten und alles tun, um den Ukrainern den Sieg auf dem Schlachtfeld zu sichern.

Die Europäische Union hat ein (Unterstützungspaket) für die Ukraine in Höhe von bis zu 18 Milliarden Euro für das Jahr 2023 geschnürt. Dieses Geld wird jedoch nicht in Form von Geschenken, Zuschüssen oder zur Schaffung einer Notfall-Kriegskasse bereitgestellt. Bei diesen Milliarden handelt es sich um ein Darlehen im Rahmen eines Makrofinanzhilfeprogramms der EU, das als MFA+-Instrument bezeichnet wird. Im Kleingedruckten steht, dass die EU-Mitgliedstaaten für diese Darlehen bürgen und die Zinsen für die Ukrainer zahlen. Dieser Schritt ist aussergewöhnlich, da die Ukraine kein EU-Mitglied ist und schon vor dem aktuellen Konflikt eine der weltweit korruptesten Regierungen war. Das wirft die Frage auf: (Warum?)

Die EU gibt zu diesem Zweck spezielle Anleihen aus, die an Investoren verkauft werden sollen, und das zu einer Zeit, in der viele Menschen in der Europäischen Union ohne angemessene Gesundheitsversorgung, Dienstleistungen und sogar ohne Arbeit sind. Die Europäische Union, die EU-Mitgliedstaaten und die europäischen Finanzinstitute haben bereits rund 49 Milliarden Euro an das Regime von Präsident Selensky gezahlt. Zusammen mit den 76,8 Milliarden Dollar, die bereits in die Ukraine geflossen sind, übersteigt diese Summe jede Hilfe, die einem anderen Land der Welt gewährt wurde. Aus diesem sehr konservativen Bericht des Council of Foreign Relations geht hervor, dass allein die USA mehr in Selenskys Kassen geschaufelt haben als Afghanistan, Israel, Jordanien, Äthiopien und der Irak zusammen im Jahr 2020.

Insgesamt haben etwa 47 Länder der Ukraine Geld und Waffen zur Verfügung gestellt. Bislang haben die EU-Institutionen (?) Selensky über 30 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Das Vereinigte Königreich hat etwa 10 Mrd. Euro überwiesen, während sich seine Rentner Sorgen machen, was es als Nächstes zu essen gibt. Deutschland hat etwa 8 Mrd. EUR und Japan fast 7 Mrd. EUR bereitgestellt. Die Niederlande, Kanada und Polen haben jeweils etwa 5 Milliarden Euro beigesteuert, und die Liste der anderen Länder umfasst etwa 14 Milliarden Euro. Wie zu erwarten, gehen die Zahlen nicht alle auf. In einem Bericht der U.S. News & World Reports vom Anfang dieses Jahres wurde behauptet, die Gesamthilfe für Selenskys Land habe im Januar dieses Jahres 150 Milliarden Euro überschritten. Wiederum: Warum?

Die Antwort ist dieses Mal ganz einfach. BlackRock und die neue Investitionsinitiative zum Wiederaufbau der Ukraine (was auch immer von ihr übrig ist). Das wussten Sie bereits, oder? Selensky und der CEO von BlackRock, Larry Fink, trafen sich Ende letzten Jahres, und im November unterzeichneten das ukrainische Wirtschaftsministerium und BlackRock Financial Markets Advisory (FMA) ein Memorandum zur Strukturierung der Wiederaufbaufonds der Ukraine (PDF). Auch Nestlé, die International Finance Corporation, der private Investitionszweig der Weltbank, und die australische Tattarang Group sind an den Geldgeschäften in der vom Krieg zerstörten Ukraine beteiligt,

Selensky bezeichnete den Wiederaufbau seines Landes, nachdem es als Stellvertreter der NATO gegen Russland eingesetzt wurde, als «die grösste Chance in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg». Anfang dieses Jahres erklärte Fink gegenüber Barron's und anderen Finanzmagazinen, dass westliche Investoren die Ukraine nach dem Krieg «überschwemmen» werden und das Land «ein Leuchtturm für den Rest der Welt für die Kraft des Kapitalismus» werden könnte. Ausserdem unterstützt JPMorgan Chase gemeinsam mit BlackRock die Ukraine bei der Einrichtung einer Wiederaufbaubank, die das öffentliche Startkapital lenken soll.

BlackRock plant, die Ukraine zu kaufen, heisst es in diesem Bericht der American Conservative in einem aktuellen Leitartikel. Der Autor Bradley Devlin umreisst den Fall der Ukraine und enthüllt gleichzeitig, wie Fink und BlackRock Amerika in eine Nation von Mietern verwandeln, indem sie die Preise für normale Häuser künstlich in die Höhe treiben. Wenn ein Mann jemals einen passenden Namen hatte, dann ist Fink dieser Mann.

«Warum?» Gibt es einen Zweifel daran, warum ein armer unausgebildeter Barkeeper aus Kiew in einem Schützenloch liegt und von russischer Artillerie beschossen wird? Machen all die irreführenden Medien, die aufgeblähten militärischen Erfolge der Ukraine und Joe Bidens starrköpfige Haltung gegenüber einem Friedensabkommen jetzt nicht mehr Sinn? Und Ursula, die Dame, die ich liebevoll als Frau von der Clucky bezeichne, weil sie wie ein Huhn pickt und herumstolziert, während Millionen entweder sterben oder in Gefahr sind, weil die westliche Welt sich wie in Orwells Farm der Tiere benimmt. Während jemandes Vater in Donezk eine Kugel abbekommt, krähen, schnauben, grölen und brüllen unsere Führer weiter in ihrem kapitalistischen Farmtraum.

Und warum? Aus Gier, deshalb.

Phil Butler ist Politikwissenschaftler und Osteuropakenner, Autor des Bestsellers (Putins Prätorianer) und anderer Bücher. Er schreibt exklusiv für das Online-Magazin (New Eastern Outlook).

QUELLE: THE UKRAINE MESS IS ANIMAL FARM IN REVERSE: STARRING BLACKROCK AND OTHER PIGS Quelle: https://uncutnews.ch/das-ukraine-chaos-mit-blackrock-und-anderen-schweinen-in-der-hauptrolle/

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol — die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde — ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es Ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches
Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt
verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen
Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente
Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz,
Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und
sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen
zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden,
Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber			Bestellen gegen Vorauszahlung:	E-Mail, WEB, Tel.:
Grössen der Kl	eber:		FIGU	info@figu.org
120x120 mm	= CHF	3.–	Hinterschmidrüti 1225	www.figu.org
250x250 mm	= CHF	6.–	8495 Schmidrüti	Tel. 052 385 13 10
300X300 mm	= CHF	12	Schweiz	Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz Redaktion: BEAM (Billy) Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89 Wird auch im Internetz veröffentlicht Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org **Internetz:** www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2023

Einige Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter: www.figu.org/licenses/by-ncnd/2.5/ch/ Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber -----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.



Geisteslehre friedenssymbol

Friede

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt. Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, ‹Freie Interessengemeinschaft Universell›, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz